:antifaschistische nachrichten Nr. 13

g 3336 29.6.2006 22. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Ein Aufruf der Friedensbewegung

Not welcome, Mr. President!
Bush und Merkel: Kriege beenden – Kriegsplanungen stoppen!

Wir empfangen US-Präsident Bush bei seinem Besuch am 14. Juli 2006 in Stralsund mit gebührend breitem Protest. Seine arrogante Machtpolitik wird mittlerweile von einem Großteil der Gesellschaft in den USA abgelehnt. Auch hier muss ihm deutlich gemacht werden, dass er nicht willkommen ist.

Von der Gastgeberin, Bundeskanzlerin Merkel, verlangen wir, dass sie keine Kriegsaktionen gegen den Iran unterstützt. Alle bisherigen Versuche, politische Probleme militärisch zu lösen, sind opferreich gescheitert. Krieg darf kein Mittel der Politik mehr sein! Ein Krieg gegen Iran würde nicht nur viele Menschenleben kosten und die Infrastruktur des Landes zerstören. Die Zivilgesellschaft, die in Frieden und frei von Unterdrückung, solidarisch und demokratisch leben will, würde zerschlagen werden.

Dennoch lässt die US-Regierung keinen Zweifel daran, den Iran militärisch angreifen zu wollen. Selbst den Einsatz eigener Atomwaffen will sie nicht ausschließen. Widerspruch aus Europa kann diese Pläne verhindern.

Die Bundesregierung leistete bereits beträchtliche Hilfe für den Kriegskurs der USA: durch die Nutzung der hier gelegenen Militärflughäfen, durch die Bewachung der US-Militäreinrichtungen; durch den Bundeswehreinsatz in Afghanistan und am Horn von Afrika sowie durch die Ausbildungs- und Materialhilfe für irakische Truppen. Diese Komplizenschaft muss beendet werden!



Die Bundesregierung hat erstmals im Krieg gegen Jugoslawien 1999 das völkerrechtlich verbindliche und im Grundgesetz verankerte Verbot des Angriffskrieges gebrochen. Sie betreibt zielstrebig den Umbau der Bundeswehr zu einer weltweit einsetzbaren Interventionsarmee. Mit dem angekündigten neuen „Weißbuch“ des Verteidigungsministers Jung sollen der „Verteidigungsfall“ umdefiniert und weltweite Kampfeinsätze der Bundeswehr gerechtfertigt und zum Normalfall erklärt werden.

Innenpolitisch begleitet den sog. „Kampf gegen den Terror“ ein zunehmender Abbau sozialer Leistungen und demokratischer Rechte. Bald soll die Bundeswehr auch im Inneren eingesetzt werden. Die Fußballweltmeisterschaft dient als erster Probelauf. Innenminister Schäuble will durch Folter beschaffte Informationen verwerten und so das weltweite Folterverbot durchlöchern.

Die US-Regierung braucht die europäischen Staaten als enge Verbündete für ihre „Koalition der Willigen“, um weitere „Kriege gegen den Terror“ führen zu können. Aber die Kriege der USA sind selbst Terror und Quelle immer neuer Gewalt. Tatsächlich geht es ihnen um die Kontrolle der wichtigsten Öl- und anderer Energiequellen im Nahen und Mittleren Osten bis nach Zentralasien.

Wir fordern:

- Kein Krieg gegen den Iran
- Abzug der Besatzungstruppen aus Irak und Afghanistan
- Schluss mit der Beteiligung von NATO, EU und Bundeswehr an den Kriegen weltweit
- Bestrafung aller Verantwortlichen für Folter, Misshandlung von Gefangenen und Angriffen gegen Zivilisten
- Eine Atomwaffenfreie Zone in der Region des Nahen und Mittleren Ostens
- Eine neue internationale Initiative zu weltweiter systematischer atomarer Abrüstung, wie im Atomwaffensperrvertrag festgelegt
- Einrichtung einer ständigen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten
- Keine Kriege um Öl oder andere Ressourcen: Ausstieg aus Atom- und fossiler Energie, Einstieg in erneuerbare Energien

Dafür treten wir ein:

- Um die drängenden Probleme der Menschen global friedlich lösen zu können, braucht die Welt keine Kriegsallianzen, wie sie z.B. bei den G8-Gipfeln geschmiedet werden, sondern Abrüstung und solidarische Zusammenarbeit.
- Wir wollen die Respektierung des Völkerrechts, staatlicher Souveränität und Grenzen sowie ein ziviles und soziales Europa mit der Verpflichtung zur Abrüstung.
- Wir brauchen vorrangig öffentlich geförderte Arbeitsplätze und Investitionen in Kinderbetreuung, Bildung, Gesundheit und Umweltschutz.

Dafür werden wir gemeinsam am 14. Juli in Stralsund, und am 13. bzw. 15. Juli überall im Land demonstrieren! – Kein Blut für Öl!

Aus dem Inhalt:

„Aktion Deutsche Ortsnamen“

MÜNCHEN. Mit einer Unterschriftensammlung will eine „Aktion Deutsche Ortsnamen“ erreichen, dass künftig auf allen Karten, Plänen, Dokumenten und elektronischen Medien die Ortsbezeichnungen, geographischen Bezeichnungen sowie kulturelle Bauwerke aus den ehemaligen deutschen Siedlungsgebieten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa sowohl in deutscher Sprache als auch in der jetzigen Landessprache genannt werden. Initiiert wurde die Aktion von der Kreisgruppe München der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ und dem Bezirksverband Oberbayern der „Landsmannschaft Schlesien“. Der Aktion angeschlossen haben sich neben der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ auch die „Paneuropa Union“ und der „VDA“. Beworben wird die Aktion auch von der Zeitschrift „Der Eckart“ der deutschtümelnden „Österreichischen Landsmannschaft“.

hma ■

Bildnis der Versöhnung

KÖLN. Das NS-verfolgungsbedingt entzogene Gemälde „Geburtstagsbild für Charlotte“ des deutschen Malers Lovis Corinth von 1911 *(siehe Bild)* aus dem Verwahrbestand des Wallraf-Richartz-Museums am Rathausplatz wurde jetzt endgültig in den kommunalen Museumsbestand aufgenommen. Das 1951 für 21.000,– DM auf dem Kunstmarkt erworbene Bild gehörte zur NS-Raubkunst: Ursprünglich hat sich davon ein Berliner jüdischer Kunstsammler trennen müssen, um die „Reichsfluchtsteuer“ zu zahlen und sein Leben vor der Ermordung in einem KZ zu retten. Seine beiden Söhne haben nun in großherziger Weise auf die Rückgabe aus persönlichen Gründen verzichtet, wenn die Stadt Köln ihrerseits 15.000,- Euro für gemeinnützige Zwecke nach Wahl der Erben zahlt. Das tut sie. Und das ist gut so.



Die Fraktion Die Linke.Köln im Kölner Stadtrat sieht in der Rückgabe (Restitution) erneut einen Anlass, nachhaltig eine museenübergreifende Personalstelle Raubkunst in der Stadt Köln ab 2007 zu fordern.

Sie könnte auch landes- oder sogar bundesweit tätig sein, sofern hierfür zusätzlich finanziell und gesetzlich Dritte wie Land, Bund und EU einstehen.

Wolfgang Breuer ■

Für eine Dokumentations- und Informationsstätte zu Zwangsarbeit

FRANKFURT. Der DGB-Seniorenkreis forderte kürzlich erneut eine solche Stätte und wird dabei jetzt durch den Ortsbeirat 1 unterstützt. Folgender Antrag der Linke.WASG wurde bei Enthaltung der CDU vom Ortsbeirat angenommen und als Anregung an die Stadtverordnetenversammlung weitergeleitet:

1) Der Magistrat wird mit der Gründung einer Dokumentations- und Informationsstätte zu Zwangsarbeit während des 2. Weltkriegs in Frankfurt am Main beauftragt.

2) Der Magistrat wird aufgefordert dazu mit den Eigentümern des historischen Geländes des ehemaligen KZ „Katzbach“ Adlerwerke in Kontakt zu treten und mit diesen Möglichkeiten zur Einrichtung dieser Gedenkstätte auf dem Gelände zu eruieren.

3) Sollte eine solche Lösung nicht möglich sein, wird der Magistrat aufgefordert, alternative Standorte vorzuschlagen.

4) Der Magistrat wird mit den Profiteuren der Zwangsarbeit in Frankfurt in Verhandlungen treten, um diese in angemessener Form an der Finanzierung zu beteiligen und diese nachhaltig sicher zu stellen.

aus Frankfurter Info ■

Ermittlungen eingestellt

BERLIN. Konservative Politiker und Kirchenfunktionäre hatten sich mächtig über die angekündigte Comic-Serie „Popetown“ aufgeregt. Die Staatsanwaltschaft in Berlin hat die Ermittlungen gegen den Fernsehsender MTV nun eingestellt. Eine Beschimpfung der christlichen Religion oder des Papsttums durch die Comic-Serie „Popetown“ sei nicht ansatzweise erkennbar, schrieb die Justizbehörde an den Fraktionschef der CSU in Bayern, Joachim Herrmann, der Anzeige gegen den Sender erstattet hatte. Die Werbekampagne des Senders mit dem vom Kreuz herabgestiegenen, vor dem Fernseher sitzenden Christus mit der Aufforderung „Lachen statt rumhängen“ entweihe zwar ein christliches Symbol, sei aber nicht ganz besonders herabsetzend. Der öffentliche Friede werde nicht gestört. Erst kürzlich hatte sich CSU-Chef Stoiber dafür ausgesprochen, schwere Gotteslästerung künftig härter zu bestrafen.

hma ■

Antifaschistische Infoveranstaltung von Polizeiaufgebot gestürmt!

HEIDELBERG. Am Mittwoch, den 14. Juni sollte im Jugendhaus „Café Central“ in Weinheim eine Informationsveranstaltung zu rechten Strukturen in der Region stattfinden. Schon lange vor Beginn des für 19.30 Uhr geplanten Vortrags parkte vor dem Gebäude ein Auto mit mehreren Personen, die von Gästen später als Angehörige des Dezernats Staatsschutz Heidelberg identifiziert wurden.

Etwa 35 BesucherInnen waren schon in dem städtischen Jugendzentrum versammelt, als erste PolizeibeamtInnen eintrafen und sich – begleitet von den Staatschützern – Zugang verschaffen wollten. Eine Diskussion mit dem dort angestellten Sozialarbeiter, der von seinem Hausrecht Gebrauch machen wollte, wurde mit dem Hinweis auf „Gefahr im Verzug“, die zunehmend als Rechtfertigung für polizeiliche Willkürmaßnahmen aller Art herhalten muss, abgebrochen. Gäste, die den Veranstaltungsort verlassen wollten, wurden von den staatlichen Repressionsorganen daran gehin-

Aufruf: Kein Naziaufmarsch am 1. Juli in München!

Kickt Nazis raus!

Am 1. Juli 2006 will die NPD in München eine Kundgebung mit Demonstration abhalten. Während die Welt auf Deutschland blickt und München sich als weltoffene Stadt präsentieren möchte, wollen Neonazis unter anderem mit der widerlichen Parole „Massenzuwanderung ist Völkermord“ ihre rassistischen, militaristischen, antisemitischen und fremdenfeindlichen Parolen verbreiten. Während die Stadt voll ist mit Gästen aus aller Welt, wollen sie alles „Fremde“ bekämpfen ...

Am 1. Juli werden die Münchner bestimmen, welche Bilder während der Fußball-WM von dieser Stadt um die Welt gehen – und dabei wird das Vorgehen der staatlichen Organe an diesem Tag von den internationalen Medien sehr genau beobachtet werden: Es dürfen nicht die Bilder von Neonazis und ihrer menschenverachtenden Propaganda sein, denen von Polizisten der Weg freigemacht wird, indem Teile der Innenstadt gesperrt und Nazigegner festgenommen und verprügelt werden. Es müssen die Bilder couragierter Münchner sein, die sich diesen Rechtsextremisten in den Weg stellen und sagen: „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.“

Wir wollen an diesem Tag auf der Straße sein und den Versuch der Neonazis verhindern, sich in dieser Stadt breit zu machen. Die Stadt gehört den MünchnerInnen mit und ohne deutschen Pass und allen, die gegen Rassismus und Faschismus auf die Straße gehen!

aus dem Aufruf ■



dert. Inzwischen war Verstärkung eingetroffen, so dass sich nun etwa 40 Einsatzkräfte vor Ort befanden.

Gegen den entschiedenen Protest des zuständigen Sozialarbeiters, der VeranstalterInnen und BesucherInnen drängten sich die PolizeibeamtInnen in das Gebäude und zwangen alle Anwesenden, ihre Personalien abzugeben.

Fragen nach der juristischen Grundlage der Maßnahme blieben unbeantwortet, lautstarke Proteste wurden mit einer Festnahme wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt bedroht. Alle, die bereits einer Kontrolle unterzogen worden waren, mussten sich bis zum Ende der Razzia in einem gesonderten Raum versammeln.

Als gegen 20.30 Uhr die Einsatzkräfte das Zentrum verließen, konnten die BesucherInnen durch das Fester beobachten, wie die neu gewonnenen Informationen sofort den Staatsschützern übergeben wurden. Danach fand die Veranstaltung mit über einstündiger Verspätung statt.

Als Vorwand gegenüber dem Sozialarbeiter hatte die Polizei eine Auseinandersetzung beim WM-Eröffnungsspiel am vergangenen Freitag in Weinheim angeführt. Nach einer Open-Air-Übertragung des Spiels war ein Linker von rechten Fußballfans mit einer abgeschlagenen Bierflasche verletzt worden.

Tatsächliches Ziel der Razzia im städtischen Jugendzentrum war aber, einen Überblick über die antifaschistische Szene der Region zu gewinnen und die meist jugendlichen BesucherInnen durch politische Unterdrückung von weiter gehendem Interesse an diesem Thema und eigenem Engagement abzuschrecken.

Diese staatliche Repressionsmaßnahme reiht sich ein in einen seit längerem zu beobachtenden Versuch, antifaschistisch gesinnte Menschen in Baden-Württemberg auf Grund fadenscheiniger Anlässe zu kriminalisieren.

Ob es sich nun um Personen handelt, die durchgestrichene bzw. zerschlagene Hakenkreuze mit sich führten, die Flugblätter mit dem Hinweis auf antifaschistische Demonstrationen verteilten, die beim Plakatieren von Anti-Nazi-Plakaten erwischt wurden oder einen Plattenversand haben, der auch Antifa-Zeichen vertreibt – immer war das Ziel der Ermittlungsbehörden, antifaschistisches Engagement, das sich außerhalb des parlamentarischen Parteinspektrums bewegt, im Keim zu ersticken.

Wir protestieren entschieden gegen diese skandalöse Kriminalisierung einer politischen Informationsveranstaltung!

Rote Hilfe e. V.
Ortsgruppe Heidelberg ■

Fußballfans besuchen Dachau

DACHAU. Fußballfans aus England, Polen und Deutschland besuchten am 23. Juni gemeinsam die KZ-Gedenkstätte in Dachau und sprachen mit dem Vorsitzenden der Lagergemeinschaft Max Mannheimer, der ein Überlebender des Vernichtungslagers der Nazis ist.
Die WM-Fans wollten mit diesem Besuch ein Zeichen setzen gegen das Klischee vom gewaltbereiten, ultrarechten Hooligan.

Bericht, nd, 24.6. ■



Rabehl bei DVU-Fraktion

BERLIN. Prof. Dr. Bernd Rabehl, einstiger Weggefährte Rudi Dutschkes, hat am 30. Mai vor der DVU-Fraktion im Brandenburger Landtag gesprochen. Der ehemalige SDS-Aktivist informierte die sechs DVU-Abgeordnete und ihre MitarbeiterInnen über Theorie und Praxis der „68er“. Das Gespräch soll nun bei einem weiteren Termin fortgesetzt werden.

hma ■

Protestaktionen gegen NPD in Regensburg

REGENSBURG. Der sog. „Bayerntag“ der NPD wurde wegen massiver Proteste und der offensichtlichen Aussichtlosigkeit eines erfolgreichen Rechtsstreits gegen die Stadt Cham um die Nutzung des Geländes in der Badstraße nach Regensburg verlegt. Auch dort protestierten am 17. Juni über 600 Menschen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Die stellv. bayerische SPD-Vorsitzende Ulrike Mascher forderte unter großem Beifall: „Kickt die Nazis raus aus Regensburg!“

Der KZ-Überlebende Martin Löwenberg warf dem Regensburger Oberbürgermeister Hans Schaidinger (CSU) Untätigkeit vor, weil er die Kundgebung von Jusos und DGB nicht unterstützt habe. Rund 700 Rechtsextremisten versammelten sich im Laufe des Nachmittags auf einer Halbinsel am Stadtrand zu einem Sommerfest, mit Hüpfburg für Kinder und Musikgruppen wie „Burning Hate“ („Brennender Hass“). Ein massives Polizeiaufgebot riegelte die Brücken und Zugänge ab. Am Donausteg erwarteten Demonstranten die in kleinen Grüppchen eintreffenden Rechtsextremisten und skandierten im Sprechchor: „Haut ab! Nazis raus!“ Die Polizei hielt die Gruppen aber getrennt. An der St. Mang-Kirche und vielen Häusern waren Transparente wie „Rote Karte für die NPD“ oder „No Nazis“ angebracht. Am nahen Donaumarkt hielten rund 300 Anhänger linker Gruppen eine Dauerkundgebung und antifaschistisches Fest ab.

Quelle: Yahoo ■

Rote Karte gegen Rassisten – Fußball WM 2006

ERLANGEN. Die zunehmende rassistisch motivierte Gewalt hat den Afrika-Rat als Dachverband von 50 Organisationen dazu veranlasst, eine Kampagne in Zusammenarbeit mit der internationalen Liga für die Menschenrechte und „Schwarze Fußballer gegen Rassismus“ zu initiieren.

Diese Gewalt widerspricht einerseits der Doktrin der Charta für Menschenrechte auf körperliche Unversehrtheit und Bewegungsfreiheit und anderseits dem Geist der zur Zeit stattfindenden Fußball-WM, die unter dem Motto „Die Welt zu Gast bei Freunden“ steht.

Es gibt in Europa eine Form von Rassismus, die überwiegend Menschen afrikanischer Herkunft betrifft. Es geht von verbalen Attacken bis hin zu körperlicher Gewalt. Die letzten Fälle in Potsdam und am vergangenen Wochenende sprechen eine deutliche Sprache.

Bereits bei der „Première Conférence contre le Racisme Anti-Noir“ (Erste Europäische Konferenz über den Rassismus gegen schwarze Menschen) in Genf am 16. März 2006 haben Fußballer, wie z.B. Lilian Thuram, betont, dass sie den Rassisten die „rote Karte“ zeigen werden und aktiv gegen die Fans, die sie beschimpfen, vorgehen. Notfalls sind sie bereit, sofort wieder abzureisen. Der Fußball-Weltverband FIFA hat in einer Resolution am 17. März 2006 in Zürich beschlossen, schon bei der WM in Deutschland drakonische Strafen gegen rassistische Vorfälle anzuwenden.

Dr. Pierrette Herzberger-Fofana, Stadträtin der Grünen Liste: „Auch wenn die Stadt Erlangen selbst kein Austragungsort der Fußballweltmeisterschaft ist, sollten alle die Kampagne der ’internationalen Liga für Menschenrechte’ und des ’Afrika-Rates’ unterstützen und ihren Beitrag dazu leisten, damit sich ’die Welt zu Gast bei Freunden’ sicher fühlt, und dass es für uns alle ein friedliches und freundschaftliches Ereignis bleibt.“

Dr. Pierrette Herzberger-Fofana, Stadträtin der Grünen Liste ■

Klage gegen die Stadt Butzbach

BUTZBACH. Stellvertretend für die OrganisatorInnen der Demonstration „Den Nazis die Idylle nehmen. Kein Nazizentrum in Butzbach-Hochweisel oder anderswo“ hat der Anmelder, Dr. Stoodt, Klage beim Verwaltungsgericht Gießen gegen die Auflagenverfügung der Versammlungsbehörde in Butzbach erhoben.

Die Behörde hatte gegen die Demonstration vom 28.1. dieses Jahres eine Auflagenverfügung erlassen, die 22 Punkte umfasste. Die Klage richtet sich exemplarisch gegen das Verbot, direkt am Nazizentrum in der Langgasse 16 demonstrieren zu dürfen. Die Polizei hatte 25 Meter von den Gemarkungsgrenzen nach beiden Seiten die Straße abgesperrt. Das Haus lag so außerhalb der Sichtweite der Demonstration.

Die OrganisatorInnen haben sich wegen der Entwicklung beim Umgang von Versammlungsbehörden und Polizei mit den Grundrechten der Versammlungs- und Meinungsfreiheit entschieden. Immer dreister und selbstverständlicher

⟶

15. Juli 2006 in Stuttgart:

Gegen die vermehrten Kriminalisierungsversuche linker und antifaschistischer Politik

Am 15. Juli 2006 findet in Stuttgart eine landesweite Demonstration unter dem Motto „Linke Politik verteidigen! Solidarität aufbauen!" statt. Auftaktkundgebung ist ab 13 Uhr in der Keplerstrasse vor den Universitätsgebäuden KI/KII – Stadtmitte. Zu der Demonstration ruft das Stuttgarter Bündnis gegen Repression auf, sowie das Antifaschistische Aktionsbündnis Baden Württemberg.

In den letzten zwei Jahren sind die Bemühungen von Staatsanwaltschaft und Polizeibehörden spürbar geworden, die Kriminalisierungsversuche gegen linke und antifaschistische Aktivitäten in Baden- Württemberg zu verschärfen:

z.B. Antifaschismus:

In Baden-Württemberg wird einem angehenden Heidelberger Lehrer die Aufnahme in den Schuldienst aufgrund seiner Mitgliedschaft in einer antifaschistischen Gruppe verwehrt. Ein Stuttgarter Antifaschist wurde zu einer Bewährungsstrafe verurteilt, weil er ein kriminalisiertes Flugblatt verteilt haben soll. Das Flugblatt stelle aufgrund seiner Aufforderung, einen juristisch abgesegneten Nazi- Aufmarsch „mit allen Mitteln" zu verhindern einen Aufruf zur Straftat dar. Neben mehreren weiteren Prozessen mit teils hohen Bewährungs- und Geldstrafen sehen sich aktive AntifaschistInnen mit einer Flut von Kleinanzeigen konfrontiert; bis hin zu den skandalösen Versuchen im Großraum Stuttgart, antifaschistische Symbole wie zerschlagene Hakenkreuze als „verfassungsfeindlich" zu diffamieren.

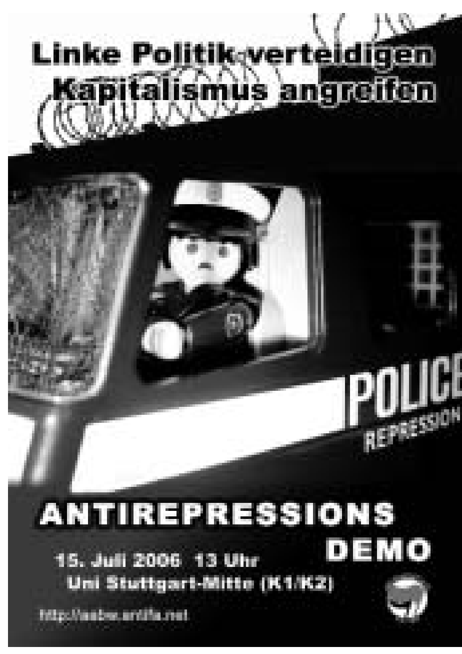
z.B. Freiräume:

Immer mehr selbstverwaltete linke Freiräume werden geräumt. In Karlsruhe betraf dies das Wohn- und Politprojekt der „ex-steffi", in Stuttgart das Jugendhaus OBW9, in Freiburg die Wagenburg der „Schattenparker". Anderen Initiativen wie dem Autonomen Zentrum in Heidelberg werden weiter Räume vorenthalten. Bestehenden Jugendhäusern wird damit gedroht, finanzielle Zuschüsse zu kürzen, sollten sie sich politisch entsprechend positionieren.

z.B. soziale Proteste:

Die revolutionäre 1.Mai- Demonstration 2004 endete mit massiven Angriffen der Polizei. In der Folge gab es abermals Verurteilungen zu Bewährungs- und Geldstrafen. Linke Mobilisierungen zu Protesten gegen Sozialabbau wurden verstärkt observiert und drangsaliert.

Dazu Udo Koller vom Bündnis gegen Repression Stuttgart: „Wir wollen mit der Demonstration ein gemeinsames und solidarisches Zeichen setzen gegen die verstärkten Angriffe auf alle fortschrittlichen politischen Aktivitäten. Neben den verschiedenen Aktionsfeldern linker Praxis wie etwa dem Antifaschismus oder dem Kampf um Freiräume betrifft dies auch die zunehmende Repression gegen kämpfende Lohnabhängige oder streikende StudentInnen. Nur gemeinsam können wir uns erfolgreich gegen diese Angriffe zur Wehr setzen und über die verschiedenen Einzelkämpfe hinaus gemeinsame Diskussionen entwickeln um eine gesellschaftliche Perspektive jenseits von Ausbeutung und Unterdrückung!"



Bündnis gegen Repression Stuttgart, c/o Infoladen, Ludwigstr.110a, 70197 Stuttgart. Kontakt für Stuttgart: aaas@gmx.de (Betreff: 15.07.2006)

Informationen zur Demonstration: aabw.antifa.net ■

---

setzt sich die Exekutive über versammlungsrechtliche Vorgaben hinweg.

So sieht das Versammlungsgesetz als Ausführung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit für ein Verbot einer Versammlung oder das Verhängen von Auflagen die Feststellung einer „unmittelbaren Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" vor. Für diese Feststellung fordert das Bundesverfassungsgericht „Tatsächliche Anhaltspunkte". „Bloße Vermutungen" reichen ihm explizit nicht aus. Regelmäßig setzen sich Behörden über diese Vorgaben hinweg. Auflagen werden nach jeweiliger politischer Vorgabe oder subjektiver Einschätzung als ordnungsrechtliches Mittel unter Verletzung der Grundrechte von Menschen eingesetzt, die ihre Positionen über Versammlungen oder Aufzüge unter freiem Himmel an eine breitere Öffentlichkeit bringen wollen. Über dieses Auflagenregime haben sich Behörden einen rechtsfreien Raum geschaffen. Zwischen dem Zeitpunkt der Verfügung und der Veranstaltung selbst liegen regelmäßig nur wenige Tage, manchmal nur Stunden. Im Extremfall, wie bei der Demonstration gegen den Opernball in Frankfurt, werden Auflagen zu Beginn oder während der Veranstaltung verhängt. Zur juristischen Prüfung der Rechtmäßigkeit bleibt im Regelfall das Eilrechtschutzverfahren. Im Extremfall kann keine vorherige Prüfung stattfinden.

Die Eilrechtschutzverfahren durchlaufen den verwaltungsgerichtlichen Instanzenweg und enden spätestens unwiderruflich bei der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. In der Vergangenheit hatte das Bundesverfassungsgericht Entscheidungen im Eilrechtschutzverfahren zu Auflagen abgelehnt, da nur Verbote als wesentliche Einschränkung der Versammlungsfreiheit angesehen wurden. In jüngster Zeit änderte sich diese Praxis. Verfügte Auflagen griffen in immer absurderer Weise in Grundrechte von VersammlungsteilnehmerInnen ein. Das Bundesverfassungsgericht sah sich genötigt, der Willkür der Behörden auch auf dieser Ebene Grenzen zu setzen. Es ist aber zu befürchten, dass diese Gangart nach den anstehenden Umbesetzungen in der 1. Kammer des Bundesverfassungsgerichts nicht weiterverfolgt wird. In der Verhandlung am 26. Juni, wird das Verwaltungsgericht Gießen erstinstanzlich Position zur geschilderten Klage beziehen. Es wird sich zeigen, ob ord-nungspolitische Interessen oder Verfassungs-Grundsätze den Ausschlag geben werden.

hcstoodt, aus Frankfurter Info ■

Anschlag auf Asylbewerberheim aufgeklärt

NEUBURG. Nach fast sieben Jahren hat die Polizei den Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Neuburg an der Donau im Juli 1999 aufgeklärt. Drei Tatverdächtige wurden in Tapfheim, Neuburg und Burgheim festgenommen. Sie hätten ein Geständnis abgelegt. Ein vierter Tatverdächtiger wurde den Angaben zufolge in Unna (NRW) festgenommen. Zur Tatzeit waren die Beteiligten zwischen 17 und 26 Jahre alt und gehörten der rechten Szene an. Die Polizei ermittelt wegen versuchten Mordes und schwerer Brandstiftung und geht von Fremdenfeindlichkeit als Tatmotiv aus. Nach derzeitigem Stand der Ermittlungen waren die Männer in der Tatnacht nach einer Geburtstagsfeier stark alkoholisiert. Sie fuhren zu einer Tankstelle, füllten dort Benzin in drei Bierflaschen und begaben sich dann zum Asylbewerberheim. Der 17-Jährige aus Neuburg lenkte das Auto, blieb aber während der Tat im Fahrzeug. Die anderen drei Männer warfen die „Molotow-Cocktails" gegen das Gebäude. Während zwei Brandsätze keinen Schaden anrichteten, flog einer durch ein geöffnetes Fenster im Erdgeschoss ins Gebäude und setzte Einrichtungsgegenstände in Brand. Das Feuer wurde von den Bewohnern jedoch rechtzeitig entdeckt und konnte gelöscht werden.

www.mut-gegen-rechte-gewalt.de ■

Chemnitzer Verwaltung verbietet Antifa-Demo

CHEMNITZ. Die Chemnitzer Stadtverwaltung hat für den 24. Juni eine Demonstration der Jungnationalen, Jugendgruppe der NPD, genehmigt und alle Gegendemonstrationen verboten. Die Nazis wollen sich etwa um 9.30 Uhr am Theaterplatz treffen und zum Marx-Monument marschieren.

Ein breites Bündnis von Anti-Nazis und Demokraten ruft trotzdem alle Gegner des Faschismus dazu auf, ihren Unmut über diese Entscheidung auszudrücken und sich ab 9.00 Uhr als Spaziergänger im Raum Straße der Nationen und im Park vor der Stadthalle zu bewegen. ■

Schule auch für Religiöse

KARLSRUHE. Auch für die Kinder christlicher Fundamentalisten, so entschied jetzt das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, gilt die Schulpflicht. Geklagt hatte ein Ehepaar aus Hessen, das seine acht Kinder nach biblischen Grundsätzen bislang zu Hause unterrichtet hatte. Zuvor hatte das Landgericht Gießen die Eltern wegen Verletzung der Schulpflicht zu 1600 Euro Strafe verurteilt. Am meisten stört die Eltern das Fach Biologie. Der Sexualkundeunterricht sei für die „Reinheit" der Kinder schädlich, so die Kläger. Außerdem würde die Evolutionslehre unterrichtet und nicht die biblische Schöpfungsgeschichte. Den in öffentlichen Schulen vermittelte Wertepluralismus lehnten sie ab. Das sehen die Verfassungsrichter anders. Die Eltern könnten nicht verlangen, „das ihre Kinder vollständig von fremden Glaubensbekundungen oder Ansichten verschont bleiben".

hma ■

Auch in diesem Jahr findet wieder ein Antifa-Camp in Weinmar/Buchenwald statt.

Siehe auch den Aufruf dazu auf Seite 7



Keine Stimme für Nazis

In Niedersachsen sind am 10. September Kommunalwahlen. Eine vermutlich geringe Wahlbeteiligung, die abgeschaffte 5%-Klausel, der Schwarz-rot-gold-Taumel zur WM und die in Vergessenheit geratenen Umstände des gescheiterten Verbotsantrags machen den Nazis den Einzug in die Gemeinde- und Stadträte relativ einfach. Neben der Kampagne „Keine Stimme den Nazis" in Mecklenburg-Vorpommern entsteht deshalb auch in Niedersachsen das Projekt „Keine Stimme für Nazis" von Aktivisten der Kampagne 200X.

Da von staatlicher Seite die Bemühungen schon lange eingestellt wurden, die NPD zu verbieten, etabliert sich immer stärker der gesellschaftliche Konsens, es handele sich bei der Partei um eine rechtmäßige, demokratische Partei. Kaum jemand erinnert sich noch an die dubiose V-Mann-Affäre. Hinzu kommt die Deutschland-Euphorie, die durch die WM entfacht wurde. Argumente wie „Die setzen sich zumindest für ihr Land ein" werden wieder salonfähig. Wer sich als „demokratischer Patriot" outete, wurde früher zumindest von einem größeren Teil der Gesellschaft schräg angeguckt, jetzt wo an jedem dritten Auto ein Deutschland-Fähnchen hängt, scheint das ganz normal zu sein.

In Wirklichkeit stecken die Nazi-Kandidaten aber mit beiden Beinen im braunen Sumpf. Deswegen wollen wir genau diesen Leuten auf die Finger schauen, ihre Verbindungen und Machenschaften in der Kameradschaftsszene aufdecken und ihre wirkliche Gesinnung entlarven und an die Öffentlichkeit tragen.

Damit dies landesweit möglich ist, benötigen wir Infos von anderen Recherche- und Antifa-Gruppen. Diese können an keinestimmefuerrassisten@web.de geschickt werden. Bitte belegt eure Infos so gut es geht. Infos können auch über die regionalen Strukturen an die beteiligten Gruppen der Kampagne 200X weitergegeben werden

Quelle: indymedia ■



Blamabler NPD Wahlkampfauftakt in MV

LÜBTHEEN. Die NPD begann am Sonntag ihren Wahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern mit einer Veranstaltung in Lübtheen. Die Wahl dieses Ortes erfolgte nicht zufällig, denn der Spitzenkandidat Udo Pastörs betreibt in Lübtheen ein Juweliergeschäft.

Begleitet wurde die NPD-Party von einem Sternmarsch von ca. 500 aufgebrachten Lübtheener Bürgern. Damit war die NPD-Veranstaltung schlechter besucht als die Gegenveranstaltung. Bei der NPD hatte man wohl nicht bedacht, dass im nahe gelegenen Ludwigslust der „Mecklenburg-Tag" stattfand. Wie dem auch sei, die heiße Phase des Wahlkampfes wurde eingeläutet. Die Kampagne gegen den Einzug der NPD in den Landtag von MV war auch vor Ort und stellte das Fronttransparent. Auf ihrer Internetseite www.keine-stimme-den-nazis.info ist ein Bericht über die Aktion nachzulesen.

www.keine-stimme-den-nazis.info ■

Aufruf zum 18. Antifa-Camp Weimar/Buchenwald 2006

Im 61. Jahr nach der Kapitulation Deutschlands und der daraus resultierenden Befreiung vom Hitlerfaschismus ist antifaschistischer Widerstand wichtiger und notwendiger denn je. Mit dem Fortschreiten der Zeit verlieren sich die historischen Zusammenhänge und das Gedenken an die Zeit und die Verbrechen des Nationalsozialismus, was den zu beobachtenden Geschichtsrevisionismus in der Bundesrepublik geradezu begünstigt.

Das Wiedererstarken neofaschistischer Strukturen in der Bundesrepublik hat in den letzten Jahren eine völlig neue Qualität erreicht. Fast wöchentlich stattfindende Naziaufmärsche im gesamten Bundesgebiet, gepaart mit dem Auftreten der Nazis mit stilistischen Anleihen aus fast allen existierenden Subkulturen und das Übernehmen von politisch-sozialen und bis dato eindeutig linken Belangen bilden eine neue explosive Mischung im Land der Täter.

Querfront, Styles und Straßenterror

Wo in den Neunzigern Springerstiefel und Bomberjacken das vorherrschende Erscheinungsbild der Neonazis prägten, wandelte es sich Anfang des 21. Jahrhunderts grundlegend. Um in der Mitte der Gesellschaft akzeptiert zu werden und vom Klischee des glatzetragenden Schlägers abzurücken, bedienen sich die Rechten in politischen, musikalischen und modischen Bereichen vor allem linker und alternativer Erscheinungsformen. Und so ist das Auftreten autonomer Nationalisten kaum noch von dem antifaschistischer Aktivisten zu unterscheiden. Mit Aussagen wie beispielsweise: „Der Black-Block ist national" zeigt sich das bewusste Einverleiben linker Aktionsformen bis hin zu antifaschistischer Symbolik auf Transpis, T-Shirts, etc. Auch musikalisch versuchen sie sich an der linken Bewegung zu orientieren, so ist es kein Einzelfall, dass auf nationalen Demonstrationen Ärzte-, Quetschenpaua- oder gar Ton, Steine, Scherben- Songs gespielt werden. Teilweise sind komplett neue Musikrichtungen im nationalen Spektrum (z. B. Hatecore als Kopie des Hardcore) zu beobachten.

Selbst in politischer Hinsicht begeht der moderne Neonazi für ihn neue Wege. Im Mittelpunkt der heutigen rechtsextremen Politik steht neben Kapitalismus- und Globalisierungskritik auch der Kampf um Umweltschutz und gegen die Hartz IV-Gesetze. Ihre Forderung nach nationalem Sozialismus soll über die eigentlichen rassistischen und nationalsozialistischen Anschauungen und Wurzeln hinwegtäuschen. Die neue Rechte möchte als wählbare Alternative zu den bestehenden parlamentarischen „Volks"parteien in der derzeitig politikverdrossenen Mitte der Gesellschaft angesehen werden.

Als „Volksfront" von Rechts werden nicht nur parlamentarische Erfolge (z. B. Sachsen) anvisiert, auch der Kampf um die Strasse bleibt eine wichtige Aktionsform der braunen Seuche und erreicht eine noch nie da gewesene Militanz gegenüber Andersdenkenden und Menschen anderer Herkunft. Doch von Politikern und Medien werden die sprunghaft angestiegenen Übergriffe zumeist immer noch als Einzeltaten von Einzeltätern abgetan.

Das Antifa-Camp Weimar/Buchenwald

Sich diesen Zuständen entgegenstellen, das Gedenken an den millionenfachen Mord an Menschen anderer Herkunft und anderer Gesinnung, wie beispielweise Juden, Sinti und Roma, politisch Verfolgten und allen anderen nicht ins nationalsozialistische Weltbild passenden Menschen, aufrecht zu erhalten, ist das Anliegen des 18. Antifa-Camps Weimar/Buchenwald.

„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung! Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel!"

Dieser Teil des Schwurs von Buchenwald wurde am 19. April 1945 von den Überlebenden des KZs Buchenwald nach deren Selbstbefreiung auf der Trauerkundgebung für die 51.000 ermordeten Häftlinge und stellvertretend für alle Opfer des NS-Regimes geleistet. Er war und ist Ziel- und Leitmotiv zugleich, damals wie heute soll er uns an die Notwendigkeit antifaschistischen Arbeitens erinnern, um das Vermächtnis der Opfer und Überlebenden aufrecht zu erhalten.

Gedenkstättenarbeit:

Das Hauptaugenmerk richtet das Antifa-Camp auf die aktive Arbeit in und um die Gedenkstätte Weimar/Buchenwald. So hat die Erhaltung von nicht direkt auf dem Gelände der Gedenkstätte befindlichen Anlagen, wie der Steinbruch, der Bahndamm und der Pferdestall, in dem die Genickschussanlage untergebracht war, oberste Priorität, denn aufgrund ihrer Außenlage stehen diese Projekte beim Erhalt des KZs durch die Gedenkstättenleitung eher hinten an. Des Weiteren werden aber auch Arbeitsprojekte, wie z.B. das „kleine Lager" oder Ausgrabungs- sowie Archivarbeiten, direkt auf der Gedenkstätte durchgeführt. Das Antifa-Camp arbeitet bei allen diesen Projekten eng mit der Gedenkstättenleitung zusammen, was aber nicht heißt, dass wir mit der Politik der Gedenkstättenleitung gänzlich konform gehen. Wir erkennen im Unterschied zur Gedenkstättenleitung die Selbstbefreiung des KZs durch die Häftlinge an und stellen uns inhaltlich grundsätzlich gegen eine Gleichstellungspolitik der Zustände im „Konzentrationslager Buchenwald" mit denen des alliierten Gefangenenlagers für militärische und zivile Nazi-Verantwortungsträger, wie dies beim „Speziallager II" der Fall ist.

Veranstaltungen:

Im Rahmen des Camps werden verschiedene Veranstaltungen angeboten. Zum einen handelt es sich dabei um Zeitzeugenberichte, die die Grundlage einer antifaschistischen Arbeit bilden, und zum anderen um Vorträge zu aktuell-politischen Themen. Zudem wird es in diesem Jahr einen multikulturellen Austausch internationaler linker Jungendlichen geben.

Grundkonsens und Basis des Camps ist die gemeinsame antifaschistische Arbeit und nicht das Aufarbeiten innerlinker Konflikte. Das Camp definiert sich nicht durch nationale Zusammenhänge oder deren Symbolik, sondern durch antifaschistische Inhalte als kleinsten gemeinsamen Nenner. Das Gedenken an die Opfer des Hitlerfaschismus an diesem historisch bedeutsamen Ort soll an oberster Stelle stehen.

Die braune Seuche zu Gast in Weimar

Eine besondere Perversion stellt die für den 12.8.2006 angemeldete Doppeldemo Thüringer Nazis in Weimar dar. Unter dem Motto „Schluss mit linksextremer Gewalt – Schluss mit dem jährlichen Antifa-Workcamp in Weimar", versuchen die Nazis, gegen linke Strukturen mobil zu machen. In diesem Kontext ist auch die Gründung eines „Aktionsbündnisses gegen Linksextremismus" am 23.4.2006 in Weimar durch den NPD Kreisverband Weimar-Weimarer Land und die JN-Thüringen zu sehen ... Hinter diesen Angriffen steht jedoch nicht nur der Angriff extrem rechter Strukturen gegen den Antifaschismus und antifaschistische Basisarbeit, sondern auch der Angriff auf das Gedenken an die Opfer nationalsozialistischer Barbarei selbst. Der Kampf gegen den Faschismus muss auch der Kampf um das Gedenken an dessen Opfer sein! Sich den Nazis in den Weg stellen, ist nicht nur deshalb Pflicht!

- **Linke Freiräume erkämpfen und verteidigen!**
- **Kein Naziaufmarsch in Weimar und anderswo!!!**

Infos zum Antifa-Camp und dessen Struktur sowie den Gegenaktivitäten zur geplanten Nazidoppeldemo erhaltet Ihr unter: www.antifacamp.de.vu oder www.aab.antifa.net . ■

Frankreich:

Staat und Bahngesellschaft wurden erstmals wegen Zuarbeit zu NS-Deportationen verurteilt

Gemischte Reaktionen auf das „historische" Urteil

Eine „historische Entscheidung" nennt der französische Europaparlamentsabgeordnete der Grünen Alain Lipietz das Urteil, das Mitte Juni vom Verwaltungsgericht Toulouse gefällt wurde. Zum ersten Mal verurteilte ein französisches Gericht in direkter Form den Staat, aber auch ein Staatsunternehmen in Gestalt der Eisenbahngesellschaft SNCF, aufgrund ihrer Zuarbeit zur vom nationalsozialistischen Deutschland betriebenen „Endlösung der Judenfrage". Beide Parteien waren angeklagt, in der ersten Hälfte der 40er Jahre Personentransporte zu Deportationszwecken mit Zügen der Nationalen Eisenbahngesellschaft SNCF durchgeführt zu haben. Sie betrafen sowohl jüdische Menschen als auch so genannte Zigeuner sowie Homosexuelle.

Konkret ging es um den Vorwurf, Georges Lipietz – den Vater des heutigen Europaparlamentariers –, dessen Eltern und seinen Halbbruder Guidéon im Mai 1944 von Südfrankreich in das Lager von Drancy nahe bei Paris transportiert zu haben. Drancy diente damals als Durchgangslager, dessen Insassen von dort aus in die von Nazideutschland betriebenen Konzentrations- und Vernichtungslager im Reichsgebiet und im unterworfenen Polen transportiert wurden. Die Lipietz' waren am 8. Mai desselben Jahres, aufgrund der Denunziation durch Nachbarn, von der deutschen Gestapo in Pau verhaftet worden. Die Gestapo übergab sie jedoch den französischen Behörden, die sie zwei Tage lang in einem Gefängnis in Toulouse einsperrten und dann durch die SNCF ins Internierungslager Drancy weiter transportieren lie?en. In Drancy verbrachten sie drei Monate, doch das Vorrücken der alliierten Truppen und der französischen Résistance verhinderten in letzter Minute ihren Abtransport in die deutschen Todeslager. Am 17. August 1944 kamen sie frei.

Georges Lipietz hat sein ganzes Leben hindurch für die Anerkennung der Mitverantwortung französischer Behörden bei der Durchführung der durch die Deutschen programmierten „Endlösung" gekämpft. Im November 2001 gelang es ihm und seinen Angehörigen, eine Schadensersatzklage einzureichen. Als Beweisgrundlage diente eine Rechnung über 210.385 Francs, welche die SNCF im August 1944 den französischen Behörden im August 1944 ausgestellt hatte – für den Transport von Personen im ersten Halbjahr. Die Rechnung war im November 1944 durch das befreite Frankreich unter Charles de Gaulle beglichen worden. Sie wurde 1992 durch Kurt Werner Schächter ausgegraben, einen Franzosen österreichisch-jüdischer Herkunft, der seinerseits Klage wegen der Deportation seiner Eltern erhob, damit aber abgewiesen wurde. (Die Abweisung der Klage wurde 2004 im Berufungsverfahren bestätigt.)

Georges Lipietz verstarb 2003, doch sein Sohn Alain und seine Tochter Hélène – sie sitzt für die Grünen im Pariser Regionalparlament – führten den juristischen Kampf an seiner Stelle fort. Sie begleiteten den noch lebenden Onkel in seiner Klage. Das Gericht von Toulouse hat den Staat und die SNCF nun dazu verurteilt, pro deportiertes Familienmitglied 15.000 Euro Schadensersatz zu leisten. Die 60.000 Euro müssen zu zwei Dritteln vom Staat und zu einem Drittel durch die SNCF aufgebracht werden. Zudem müssen beide Streitparteien Justizkosten in Höhe von 2.000 Euro zu gleichen Hälften übernehmen.

Urteilsgründe und Entfall der Verjährung

Verurteilt wurden der französische Staat und die SNCF wegen Freiheitsberaubung und menschenunwürdiger Unterbringung, in den zum Transport benutzten Viehwaggons oder im Internierungslager. Nicht übernommen hat das Gericht dagegen den durch die Kläger vorgetragenen Vorwurf der Beihilfe zum Völkermord. Denn es ist nicht erwiesen, dass die ausführenden Organe auf französischer Seite die volle Wahrheit über das deutsche Völkermordprogramm wussten.

Zu Lasten der SNCF wurde aber gewertet, dass es keinerlei Hinweise darauf gibt, dass ihre Repräsentanten gegenüber dem Staat oder den Deutschen hinsichtlich der Deportationen Protest eingelegt hätten. Entsprechende Spuren liegen jedenfalls nicht vor. Zwar hat es historischen Widerstand seitens vieler Eisenbahner während der nazi-deutschen Besatzung in Frankreich gegeben: Insgesamt sind 8.900 französische Eisenbahner wegen Beteiligung an der oder Hilfeleistung für die Résistance durch die Nazis erschossen worden. Dagegen wurde nach dem Kriegsende nur in 467 Fällen die „nationale Unwürdigkeit" über Beschäftigte der Eisenbahn verhängt, d.h. ihr Zusammenwirkung mit den NS-Kollaborateuren bestraft. Bei 450.000 Eisenbahnern, die es zu jener Zeit gab, eine wirklich vergleichsweise geringe Zahl. Aber die SNCF hatte eben auch jenes andere Gesicht, dass ihre Verwaltung konkret die Anordnungen „von oben" hinsichtlich der Deportationszüge ausführte. Zumindest hätte sie über diverse Kanäle die Résistance von der Durchführung der Deportationen benachrichtigen bzw. diese vorwarnen können. Dies ist allem Anschein nach nicht passiert.

Der Rechtsanwalt der SNCF, Yves Baudelot, berief sich darauf, dass die Vorwürfe verjährt seien; sowie auf das Argument, die Eisenbahngesellschaft habe damals unter dem Zwang ihrer Dienstverpflichtung durch die deutsche Besatzungsmacht gehandelt. Die Anwendung der gültigen Verjährungsvorschriften (die ansonsten gegriffen hätten) wurde aber deshalb verworfen, weil die Kläger erst aufgrund jüngerer Entwicklungen davon Kenntnis hatten, dass sie erfolgreich vor Gericht um Anerkennung der französischen Mitverantwortung für ihre Deportation streiten konnten.

Die SNCF hatte seit 1992 ihre Archive geöffnet, um Historikern – ohne Bedingungen und ohne ihre Arbeit zu kontrollieren – die Suche nach der Wahrheit über ihre Rolle bei den Deportationen zu erlauben. Diese Entscheidung der SNCF wurde und wird durch die jüdische Community und durch Opferanwälte wie Serge Klarsfeld stets positiv hervor gehoben. Vor diesem Hintergrund legte der Forscher Christian Bachelier im September 1996 einen ausführlichen Untersuchungsbericht vor. Erst seitdem kann die Verantwortung der SNCF als offiziell erwiesen gelten.

Und im Jahr 2001 verurteilte das oberste Verwaltungsgericht den französischen Staat dazu, die Hälfte der 720.000 Euro zu übernehmen, zu deren Bezahlung an Deportationsopfer der französische Nazikollaborateur – und spätere Polizeifunktionär sowie Minister – Maurice Papon 1998 verurteilt worden war. Erst seit diesem Urteil kann eine Mitverantwortung des französischen Staates als „juristisch festgestellt" vorausgesetzt werden. Bis Mitte der neunziger Jahre hatte die offizielle Staatsdoktrin noch gelautet, es gebe keine Kontinuität zwischen dem Vichy-Regime, das als widerrechtliche Herrschaft der deutschen Besatzungsmacht gedient hätte, und der

der französischen Republik. Letztere trage damit auch keine Verantwortung. Erstmals hatte Jacques Chirac im Juli 1995 sich explizit zu einer Mitschuld französischer Staatsorgane an den Judenrazzien der Miliz und der Gendamerie, und zur Übernahme einer „untilgbaren Schuld" durch die Republik bekannt.

Die Verjährungsfristen begannen demnach also erst mit der Vorlage des Untersuchungsberichts von 1996, sowie dem Urteil von 2001 zu laufen. Entsprechend, so stellen die Richter von Toulouse fest, können Deportationsopfer oder ihre Nachkommen noch bis im September 2006 gegenüber der SNCF sowie bis Ende dieses Jahres gegenüber dem Staat ihre Entschädigungsansprüche geltend machen. Die SNCF ihrerseits hat bereits angekündigt, Berufung gegen das Urteil von Toulouse einzulegen.

Strittige Bewertung

Die Bewertung des jüngsten Urteils ist unter Historikern, Anwälten und auch jüdischen Vertretern umstritten. Strittig ist etwa der Autonomiespielraum, über den die SNCF tatsächlich verfügte. Das Verwaltungsgericht in Toulouse hatte ihr erschwerend zur Last gelegt, dass die Bahngesellschaft Viehwaggons für die Transporte nach Drancy benutzt habe – aber die französischen Staatsorgane in Vichy ihr die Kosten für einen „Personentransport dritter Klasse" erstattet hätten. So seien die Transportbedingungen noch härter ausgefallen als vorgeschrieben. Die SNCF, so stellt Alain Lipietz entsprechend fest, habe „noch mehr gemacht, als die Deutschen von ihr verlangten". Dies sei historisch falsch, meint dagegen deren Anwalt, Yves Baudelot. Denn vergleichen dürfe man die realen Bedingungen der Deportierten nicht mit den theoretischen Vorschriften der französischen Autoritäten – sondern mit den konkreten Vorgaben der Deutschen, unter deren Kommando sich die SNCF real befunden habe. Tatsächlich liefen die Transporte in die Vernichtungslager im ganzen deutsch besetzten Europa in Viehwaggons ab.

Auch Arno Klarsfeld, der Sohn des berühmten „Nazijägers" Serge Klarsfeld und selbst Rechtsanwalt, schließt sich dieser Auffassung an. Die Verantwortung für die Deportationen und den Genozid liege bei den Deutschen, und die SNCF habe keinen Entscheidungsspielraum gehabt. Letztere 60 Jahre nach den Ereignissen zu verfolgen, bedeute, „die realen Verantwortlichkeiten zu verwischen", eine Bewertung, der man sich im Hinblick auf die Rolle Deutschlands vielleicht anschließen mag.

Arno Klarsfeld ist allerdings ansonsten (in der jüdischen Community und andernorts) selbst nicht unumstritten. Während des Papon-Prozesses 1997/98 hatte der Zivilkläger Michel Slitinsky ihm – und anderen Anwälten – vorgeworfen, Auftritte in den Medien zu sehr der konkreten Prozesstätigkeit vorzuziehen und Maurice Papon gefährliche Zugeständnisse bei der Verhandlungsführung gemacht zu haben.



Gedenkveranstaltung am 30.1.06 im Kölner Hauptbahnhof

In jüngster Zeit ist Arno Klarsfeld im Umfeld des amtierenden Innenministers Nicolas Sarkozy als Berater aktiv geworden und ist nebenbei auch als Anwalt der SNCF tätig – in einem ähnlichen Verfahren wie dem jetzt in Toulouse entschiedenen. Darin verteidigt er die Bahngesellschaft gegen Schadensersatzansprüche, die von den Nachfahren von Deportierten aus den USA gestellt werden. Arno Klarsfeld hatte die Klage der Lipietz' nach der Hauptverhandlung vom 16. Mai 2006 als „demagogisch, und historisch falsch" bezeichnet.

Ohne selbst so weit zu gehen, kritisiert auch Serge Klarsfeld die Verurteilung der SNCF, die sich durch die Archivöffnung und die Bemühung um die geschichtliche Wahrheit in den letzten 15 Jahren mustergültig verhalten habe. Und in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Vereinigung von Söhnen und Töchtern von jüdischen Deportierten fügte Serge Klarsfeld hinzu, von den zurückgekehrten Überlebenden der Todeslager sei ihm nicht bekannt, dass sie sich bei ihrer Rückkehr negativ über die Rolle französischer Eisenbahner geäußert hätten.

Michel Slitinsky, der im Prozess gegen Maurice Papon wegen der Deportation von Juden aus Bourdeaux als gemeinsamer Sprecher der Klägerparteien auftrat (er war als 17-Jähriger den von Papon organisierten Deportationen durch eine Flucht über die Dächer entronnen), dagegen befürwortet das Urteil von Toulouse: Endlich komme die Mitverantwortung französischer Behörden auf den Tisch. (Vgl. dazu: http://aquitaine.france3.fr/info/21828293-fr.php)

Anmerkungen zu einer Person: Maurice Papon

Niemand verkörpert so sehr die Kontinuität des Staatsapparats als (sofern radikalere Brüche ausbleiben) über alle finsteren politischen Zeiten und Regimewechsel hinfort dauernde Machtstruktur, wie er. Niemand repräsentiert sie auf so grauenhafte Weise wie diese Figur.

Maurice Papon organisiert in den Jahren 1942 bis 44, als Sekretär der Präfektur (juristischen Vertretung des Zentralstaats in einem Verwaltungsbezirk) von Bordeaux, die Deportation von annähernd 1.700 Juden aus der südwestfranzösischen Region. 1945 kann er ein, manipuliertes, Zertifikat aus Widerstandskreisen liefern, das seine Eigenschaft als ehemaliges Mitglied der Résistance belegen soll. Später taucht er als Präfekt (Statthalter) im damaligen französischen Département Constantine, im nördlichen Algerien, wieder auf. Dort zeichnet er sich durch seine Brutalität bei der Niederschlagung der algerischen nationalen Befreiungsbewegung gegen die französische Kolonialherrschaft aus. Am 17. Oktober 1961 amtiert Maurice Papon als Préfet de police (Entsprechung zum deutschen Polizeipräsidenten) von Paris. Als solcher trägt er die politische Verantwortung für den berüchtigten Polizeieinsatz, bei dem 300 algerische Demonstranten – die der durch Papon über ihre Bevölkerungsgruppe verhängte Ausgangssperre trotzen – mitten in Paris getötet werden. Weitere 11.000 werden verhaftet und in Fußballstadien und Pferderennbahnen, die zu Sammellagern umfunktioniert wurden, interniert. Noch in den späten siebziger Jahren amtiert Papon als Haushaltsminister (1978 bis 81) unter dem bürgerlichen Premierminister Raymond Barre, und betätigt sich zur gleichen Zeit als Lobbyist der argentinischen Militärdiktatur – er fädelt einen französischen Rüstungsverkauf an die Generäle in Buenos Aires ein.

1981 tauchen die ersten belastenden Dokumente über seine Rolle im Zweiten Weltkrieg auf, die durch Michel Slitinsky beigebracht werden konnten und in der Satire und Enthüllungszeitung ‚Le Canard enchaîné' veröffentlicht werden. Aber von da ab wird es noch 15 Jahre dauern, bis Papon 1997/98 in Bordeaux der Prozess gemacht wird. Wegen Beihilfe zu Verbrechen gegen die Menschheit wird er dort zu 10 Jahren Haft verurteilt, und 1999 wird er nach einem ebenso feigen wie erfolglosen Fluchtversuch in die Schweiz dann schlussendlich inhaftiert. Doch „aus Gesundheits- und Altersgründen" bereits nach drei Jahren aus der Zelle entlassen. Heute lebt er im Ruhestand in Gretz-Armainvilliers, in der Nähe von Paris, wo er 1910 geboren worden ist.

Bernhard Schmid, Paris ■

Menschenrechte sind grenzenlos



Köln. Am 13. Juni demonstrierten rund 200 Menschen für das Bleiberecht und gegen die Abschiebung von Flüchtlingen. Gerade zur Fußball-Weltmeisterschaft, wo Köln keine Mühen scheut, sich als weltoffen und tolerant zu präsentieren, wollten die Demonstrierenden ein Zeichen setzen, dass dafür mehr erforderlich ist als bunte Image-Plakate und große Fußball-Feste.

Nach Auskunft eines Mitglieds von Kein Mensch ist illegal (kmii) wurde die Demo insbesondere durch kmii und den Rom e.V. getragen, da „Sinti und Roma in besonderem Maße von rassistischer Hetze betroffen sind." Beispielhaft hierfür sei nur die Debatte um die „Klaukids" genannt.

„Ich fand die Demonstration sehr gut, weil sie vor allem von den Betroffenen getragen wurde. Ein klares Zeichen war auch, dass die Geduldeten selbst die Forderung nach einem Bleiberecht für alle aufgestellt haben", so der Aktivist weiter. Noch mehr als die Individualität eines jeden Leidenswegs fallen die gemeinsamen Probleme der Flüchtlinge, die es überhaupt ins reiche Europa geschafft haben, ins Gewicht. Wie Beshid Najafi von agisra e.V. in ihrer Rede herausstellt, stellen diese eine kleine Minderheit dar. Hunderte andere bezahlen ihre Fluchtversuche mit dem Leben oder enden in Flüchtlingslagern außerhalb Europas. In Köln geht man von rund 5.000 Geduldeten aus. Die Betroffenen sind zum Teil in Deutschland geboren und haben hier Abitur gemacht. Doch stets erhalten sie nur befristete Duldungen und leben somit in der ständigen Angst vor Abschiebung.

Noch prekärer gestaltet sich das Leben derjenigen, denen die Duldung entzogen wird oder die nie eine erhalten haben. Häufig ist für sie selbst ein Leben in der Illegalität besser als die Abschiebung in von Krieg und Menschenrechtsverletzungen betroffene Länder. Dabei stellt sie selbst der normale Alltag vor größte Probleme und fordert ihnen ein Höchstmaß an unauffälligem Verhalten ab. Eine rote Fußgängerampel zu überqueren, kann die Abschiebung bedeuten. Es bedeutet aber auch, die Kinder nur unter Schwierigkeiten in die Schule schicken und bei Krankheit nicht zum Arzt gehen zu können. Das eigene Überleben kann nur durch Schwarzarbeit gesichert werden, wobei man jede Bedingung des Arbeitgebers akzeptieren muss, will man nicht seinen Aufenthalt in Deutschland gefährden, klärt Jan Henkel von kmii auf.

Frauen besonders betroffen

Die spezifischen Probleme von Frauen erläuterte Beshid Najafi. Frauen und Kinder stellen etwa 80 Prozent der Flüchtlinge. Genau wie Männer fliehen sie vor Hunger, Armut, Krieg, mangelnder medizinischer Versorgung und vielem mehr. Doch Frauen sind zusätzlich von Menschenrechtsverletzungen wie Zwangsabtreibungen, Prostitution, Verheiratung, Genitalverstümmelung und Vergewaltigung betroffen. Seit 2005 hat dies auch im Aufenthaltsgesetz seinen Niederschlag gefunden, ohne jedoch relevante Änderungen an der Abschiebepraxis nach sich zu ziehen. Beispielhaft berichtete Najafi von einer 24-jährigen Iranerin, die sich von ihrem Mann trennte. Dieser drohte ihr mit Rache. Nach dieser Trennung wurde sie von der iranischen Polizei aufgegriffen und auf der Wache vergewaltigt. Einige Wochen später wurde sie von einem Auto so schwer verletzt, dass sie zwei Wochen ins Koma fiel. Diese Vorfälle führt sie auf ihren Mann zurück. Also floh sie unter schwierigen Bedingungen nach Deutschland und stellte einen Asylantrag. Dieser wurde jedoch abgelehnt, da sie nicht glaubwürdig genug sei und es sich nicht um staatliche oder politische Verfolgung handle. Stattdessen erhielt sie eine Duldung und lebt nun in ständiger Angst, in den Iran abgeschoben zu werden. Damit einher geht, dass sie Nordrhein-Westfalen wegen der Residenzpflicht nicht verlassen darf und Sozialleistungen erhält, die 25 bis 30 Prozent unter dem Existenzminimum liegen.

Bleiberecht für alle!

Um die unerträgliche Situation für diese iranische Frau und alle anderen Geduldeten und Illegalisierten zu beenden, forderten die Demonstrierenden die Anerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe nicht nur auf dem Papier sowie eine umfassende Legalisierung und ein menschenwürdiges Bleiberecht für alle.

Dominik Düber ■

Flüchtlingsrat unterstützt Bleiberechtsforderungen

Der Kölner Flüchtlingsrat erinnert daran, dass sich bereits 140.000 Menschen seit fünf Jahren hier aufhalten. 50.000 Menschen befinden sich sogar länger als 10 Jahre in Deutschland. 35% aller geduldeten Flüchtlinge – 67.000 Menschen – sind minderjährig, viele der Kinder wurden in Deutschland geboren und sind hier vollständig integriert.

Claus-Ulrich Prölß, Geschäftsführer des Kölner Flüchtlingsrates: „Jetzt endlich muss Schluss sein mit den jahrelangen Vertröstungen der Innenminister und des Bundesgesetzgebers. Eine wirksame Bleiberechtsregelung, die ihren Namen auch verdient, muss jetzt endlich her! Am besten gesetzlich verankert."

Der Flüchtlingsrat begrüßt die mit allen Stimmen der demokratischen Parteien verabschiedete Resolution des Rates der Stadt Köln vom 15.12.2005, in der eine Bleiberechtsregelung für langzeitgeduldete Flüchtlinge gefordert wird.

Claus-Ulrich Prölß: „Die Resolution des Rates geht zwar über den Vorschlag von NRW-Innenminister Ingo Wolf hinaus. Dennoch würden viele wieder durch alle Maschen fallen. Eine Regelung muss jedoch so ausgestaltet sein, dass die betroffenen Flüchtlinge auch tatsächlich Zugang zu ihr erhalten können." ■

„International Refugee Human Rights Tour 2006"

Vom 29. Juli bis zum 5. August 2006 zieht die International Refugee Human Rights Tour durch Bayern. Unter dem Motto ‚Deutschland Lagerland' wird sie darauf aufmerksam machen, dass überall in Bayern Menschen unter menschenunwürdigen Bedingungen leben müssen, dazu gezwungen durch Gesetze, Verordnungen und Ausländerbehörden. Gemeinsam werden Flüchtlinge und deutsche AktivistInnen lautstark fordern, dass eine wesentliche Verbesserung dieser Zustände einzutreten hat. Im Rahmen der Kampagne wurde auch eine Internetseite erstellt. Sie soll nicht nur für die Tour mobilisieren, sondern vor allem auch eine Informationsquelle rund um das Lagersystem in Deutschland sein. Dokumentiert werden alle gesetzlichen und gesellschaftlichen Zustände, die Flüchtlinge zu Menschen zweiter Klasse machen. Die Seite wird auch über die Tour hinaus bestehen und ständig ergänzt:

www.deutschland-lagerland.de ■

Landesregierung schürt antimuslimische Stimmung

DÜSSELDORF. Die geplante Änderung des NRW-Schulgesetzes unterstellt muslimischen Lehrerinnen religiösen Fundamentalismus und eine Gefahr für "den politischen, religiösen oder weltanschaulichen Schulfrieden". Das neue Schulgesetz, welches das Tragen von Symbolen, die den besagten Schulfrieden stören, verbietet, wird von der Landesregierung so ausgelegt, dass das einzige Kleidungsstück, das unter diese Regelung fällt, das muslimische Kopftuch ist. Das Tragen eines Kopftuches für Lehrerinnen muslimischen Glaubens wird daher ab dem kommenden Schuljahr verboten sein. Diese Regelung resultiert jedoch nicht aus einer geforderten Trennung von Staat und Religion, da allen anderen Lehrerinnen und Lehrern weiterhin das Tragen ihrer religiösen Zeichen, wie z.B. Ordenskleidung, erlaubt sein wird. Vielmehr sieht die Koalition allein im Symbol des Kopftuches eine Gefährdung des weltanschaulichen Schulfriedens.

Die Bezirksschülervertretung (BSV) aus Düsseldorf sieht in einer solchen Unterstellung an alle Muslime die Gefahr, dass eine antimuslimische Stimmung geschürt wird, womit eine Schulpolitik auf Kosten von Minderheiten geht. Aus diesem Grund rief die BSV Düsseldorf zum öffentlichen Protest auf vor dem Düsseldorfer Landtag am Mittwoch, 21. Juni, um 11 Uhr auf. Um die Maßnahme der Landesregierung zu chrakterisieren, wurde eine symbolische Hexenverbrennung vor dem Landtag – durchgeführt. Das Motto der Aktion lautete „Keine erneute Hexenverbrennung in Düsseldorf!".

Kristian Kaiser ■

Abschiebehäftling in der JVA Suhl-Goldlauter im Hungerstreik

ERFURT. Der togoische Oppositionelle und Künstler Attikpasso Latevi Lawsson, der sich seit dem 30. Mai 2006 in der JVA Suhl-Goldlauter in „Vorbereitungshaft" (Abschiebehaft) befindet, hat einen Hungerstreik begonnen. Er verweigert jede Nahrungsaufnahme und fordert seine Freilassung. Mehrere Organisationen, darunter auch der Thüringer Flüchtlingsrat, unterstützen die Forderung nach einer unverzüglichen Freilassung des Togoischen Regimegegners. Darüber hinaus werden die Verantwortlichen aufgefordert, Attikpasso Lawsson ein humanitäres Bleiberecht zu gewähren sowie eine therapeutische Behandlung zu ermöglichen. „Eine Abschiebung nach Togo ist inhuman und die Folgen unabsehbar", so Sandra Jesse vom Flüchtlingsrat. „Statt der rechtlich zweifelhaften Inhaftierung braucht Attikpasso Lawsson eine fachlich kompetente Betreuung", so Jesse weiter.

Zum Hintergrund: Der togoische Regimegegner Attikpasso Latevi Lawsson wurde in seiner Heimat von staatlichen Sicherheitskräften festgenommen und gefoltert. 1998 floh er schließlich nach Deutschland und beantragte Asyl. Auch im Exil in Deutschland setzte er seine künsterisch-politische Arbeit fort. Sein Asylgesuch wurde jedoch im Jahr 2006 abgelehnt.

Am 22. Juni 2006 ab 15.00 Uhr wies der Flüchtlingsrat Thüringen e.V. gemeinsam mit weiteren Unterstützern in einer öffentlichen Aktion auf die Situation von Attikpasso Latevi Lawsson hin. ■

Österreich bricht Asyl- und Menschenrecht

WIEN. Die österreichische Botschaft in Addis Abeba verletzt systematisch den Rechtsanspruch von Familienangehörigen somalischer Konventionsflüchtlinge, indem sie ihnen „aus Sicherheitsgründen" ohne Identitätsdokumente den Zutritt verweigert. Sie verlangt von Flüchtlingen, sich entweder an die somalische Botschaft, die zur Gänze aus ihren Verfolgern zusammengesetzt ist, oder an irgendeine äthiopische Behörde zur Beschaffung von Identitätsdokumenten zu wenden.

Familienangehörige von Konventionsflüchtlingen haben einen Rechtsanspruch auf Gewährung desselben Schutzes. Sofern sie sich noch im Ausland befinden, ist es nötig, bei der österreichischen Botschaft einen Antrag zu stellen. Unsere Einrichtung betreut viele Personen, deren Ehegatten, Kinder oder Eltern sich in Äthiopien befinden. Da die Botschaft in Addis Abeba aber Personen ohne Identitätsdokumente den Zutritt verweigert, können diese ihren Rechtsanspruch gar nicht geltend machen. Die Botschaft und das Außenministerium verlangen von ihnen, sich zwecks Dokumentenbeschaffung an die eigenen Verfolger, die in der Übergangsregierung vertreten sind, zu wenden. Berichte von Menschenrechtsorganisationen bestätigen allerdings, dass derzeit keinerlei Möglichkeit existiert, sich offizielle somalische Dokumente zu besorgen, vielmehr würde dadurch ein illegaler Handel mit Dokumenten gefördert. Die Botschaft ist außerdem der Ansicht, dass sich Personen ohne Dokumente auch an äthiopische Behörden wenden könnten. Da die Beziehungen zwischen Somalia und Äthiopien allerdings höchst gespannt sind, ist auch dies für somalische Flüchtlinge nicht möglich. Zudem:

Wird von AsylwerberInnen in Österreich, die sich nicht ausweisen können, verlangt, sich an irgendeine Behörde zur Ausstellung von Dokumenten zu wenden? Österreich bricht durch bürokratische Hürden das Asylgesetz sowie das elementare Menschenrecht auf Familienleben.

Nina Jakober, Daniel Bernhart
Deserteurs- und Flüchtlingsberatung
Schottengasse 3a/1/59,
A-1010 Wien ■

Anerkanntem Flüchtling droht Auslieferung in die Türkei

FRANKFURT. Dem in Deutschland anerkannten kurdischen Flüchtling Yusuf Karaca droht die Auslieferung an die Türkei. Er sitzt seit dem 3. Mai 2006 in Auslieferungshaft. Das zuständige Gericht, das Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt, hat am 23. Mai 2006 die Auslieferungshaft mit einem skandalösen Beschluss bestätigt.

Yusuf Karaca wurde in Deutschland als Flüchtling im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention rechtskräftig anerkannt. Sowohl das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge als auch das Verwaltungsgericht Frankfurt stellten fest, dass er in der Türkei politisch verfolgt worden ist. Herr Karaca hatte 10 Jahre lang in der Türkei aufgrund eines erfolterten Geständnisses im Gefängnis gesessen. Herr Karaca schildert in einer Erklärung an die Presse vom 1.6.2006 die erlebte Folter: „In der Zeit in meiner Haft in der Polizeiabteilung für politische Angelegenheiten wurde ich unzählige Male mit Elektroschocks (an Geschlechtsorganen, Zunge und Ohren) gefoltert. Mehrmals wurde ich am ‚palästinensischen Haken' aufgehängt, mehrere Tage musste ich ohne Schlaf und nackt an kalten Stellen verbringen. Sie tauchten meinen Kopf ins Wasser, indem sie mir

währenddessen die Nasenlöcher zustopften. Ich wurde zu einsamen Orten gebracht und mit dem Tode bedroht. Sie drohten mir damit, meine Familienangehörigen der Folter auszusetzen und sie umzubringen.“

Herr Karaca gibt weiter an, dass er auch in der 10 Jahre dauernden Strafhaft immer wieder Angriffen und Folter ausgesetzt war. Erst als die Haft unterbrochen wurde, weil er wegen dauerhafter Nahrungsverweigerung (so genanntes „Todesfasten“) medizinisch behandelt werden musste, gelang ihm die Flucht. In Deutschland hat er den Flüchtlingsstatus am 28.9.2005 erhalten.

Die vom OLG Frankfurt nun getroffene Entscheidung ignoriert die Flüchtlingsanerkennung vollständig. Die Vorwürfe des türkischen Staates gegenüber Yusuf Karaca werden ungeprüft übernommen und zur Grundlage der Auslieferungshaft gemacht. Die Tatsache, dass Herr Karaca als Flüchtling anerkannt wurde, wird nicht erwähnt.

Als Haftgrund wird Fluchtgefahr angeführt. Zur Fluchtgefahr argumentiert das OLG Frankfurt mit kaum zu überbietendem Zynismus. Die Gefahr, erneut gefoltert zu werden, wird als Anreiz gewertet, sich dem Auslieferungsverfahren zu entziehen ... Hier werden menschenrechtliche Maßstäbe völlig ad absurdum geführt. Das OLG Frankfurt verkennt, dass Herr Karaca wegen der drohenden Folter und aufgrund des unfairen Verfahrens nach der Europäischen Menschenrechtskonvention auf keinen Fall ausgeliefert werden darf. „Die Entscheidung des OLG Frankfurt offenbart unglaubliche Gleichgültigkeit gegenüber Folteropfern“, so Marei Pelzer von PRO ASYL.

In seinem Beschluss fordert das OLG Frankfurt die Zusicherung von Seiten des türkischen Staates, dass Herr Karaca seine Haft in einem Gefängnis Typ F fortsetzt und dass die deutsche Botschaft Gelegenheit erhält, den Inhaftierten aufzusuchen und sich über die konkreten Haftbedingungen zu informieren. In einem Typ F-Gefängnis war Herr Karaca aber bereits vor seiner Flucht inhaftiert. In solch einem Gefängnis hat er Misshandlungen erlitten ...

In einem Anfang des Jahres veröffentlichten Gutachten zur „Rechtsstaatlichkeit politischer Verfahren in der Türkei“ kommt der Türkeiexperte Helmut Oberdiek zu dem Ergebnis, dass trotz Abschaffung der Staatssicherheitsgerichte erfolterte Geständnisse noch immer vor den Gerichten als Beweise zugelassen werden. Eine Aussicht auf ein faires Verfahren bestehe damit nicht.

PRO ASYL fordert, dass Herr Karaca umgehend aus der Auslieferungshaft entlassen wird. Als anerkannter Flüchtlinge ist er dem Schutz des deutschen Staates unterstellt. PRO ASYL fordert die Bundesjustizministerin Zypries auf, die Auslieferung zu verhindern.

PM, 6.6.2006 ■



Kölner Postkarte gegen rechte Moschee-Hetze



Nein! Dann unterschreiben Sie auch **nicht** das Bürgerbegehren der sogenannten „Anwohnerinitiative“ gegen den Bau eines muslimischen Kultur- und Gemeindezentrums mit einer Moschee!

Von einem „parteiunabhängigen Zusammenschluss von Ehrenfelder Bürgern“ kann man keineswegs sprechen. Rechtsextreme Akteure machen Stimmung gegen unsere türkischen Nachbarn und Mitbürger.

Die sogenannte Anwohnerinitiative, deren Sprecherin Marylin Anderegg ist, versucht mit der rechtsextremen Gruppe „pro Köln“ zu zündeln.

Wir treten ein für Religions- und Glaubensfreiheit. Für mehr Toleranz – Nur gemeinsam sind wir Köln!







V.i.S.d.P. Jörg Detjen | Postkarte: hoelzel@lux72.de

FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

„Was kann ich machen? Ich bin doch im Lager“

Das Leben des Henryk Mandelbaum, Häftling des Sonderkommandos von Auschwitz

Hamburg. Auschwitz ist zum Synonym für die fabrikmäßige Vernichtung menschlichen Lebens geworden. Die in den Gaskammern produzierten Leichenberge mussten beseitigt werden, doch das wollte die SS nicht selber tun – dazu wurden KZ-Häftlinge abkommandiert. Darunter der junge polnische Jude Henryk Mandelbaum, der als einer von wenigen das „Sonderkommando Auschwitz“ überlebte. In Hamburg wird derzeit die Ausstellung „Nur die Sterne waren wie gestern“ über dessen Leben gezeigt. Am Mittwoch vergangener Woche berichtete er auf einer Veranstaltung im Rahmen des Begleitprogramm persönlich von seinen schrecklichen Erlebnissen.



„Ich würde Ihnen gerne von etwas Angenehmeren erzählen“, entschuldigte Mandelbaum sich zu Beginn seines Vortrags für die unfassbaren Grausamkeiten, von denen er im Folgenden berichtete. „Ich habe so viele Leichen gesehen, dafür reichen die Worte nicht.“ Und damit so etwas „nie wieder“ passiere, müsse er darüber sprechen, so der Auschwitz-Überlebende weiter.

Henryk Mandelbaum wurde 1922 in die Familie eines jüdischen Fleischer hineingeboren. Schon früh musste er mit anpacken: Wenn ein Bauer sein Tier von Fleischer Mandelbaum schechten lassen wollte, musste Henryk die Tiere abholen. Doch die Geschäfte des Vaters gingen immer schlechter , so dass der Sohn sich zunächst bei einem Bauern in der Nachbarschaft verdingte, dann schuftete er im Steinbruch. Doch die schwere körperliche Arbeit war nichts im Vergleich zu dem, was ihm wenig später von den Hitler-Faschisten zugemutet werden sollte.

Ende April 1944 wurde Mandelbaum nach Auschwitz deportiert, Vater, Mutter und seine Schwester waren dort schon ermordet worden. Nach kurzer Quarantäne wurde er im Sonderkommando eingesetzt. „Ich, Leichen verbrennen? Menschenkinder“, dachte der junge Mann entsetzt. „Aber was kann ich machen? Ich bin doch im Lager.“ Innerhalb von Bruchteilen von Sekunden ging ihm durch den Kopf, was passieren würde, wenn er sich weigerte. „Na, dann bekomme ich eine Kugel in den Kopf und liege auch da. Ich bin doch im Lager.“

Bis Januar 1945 musste Mandelbaum die grausame Arbeit verrichten, die darin bestand, den Leichen zunächst einmal die Haare abzurasieren, dann deren Münder nach Zahngold sowie Nase und andere Körperöffnungen nach heimlichen Verstecken absuchen. Alles unter Aufsicht der SS. Dann mussten die Leichen verbrannt werden, der körperlich schwerste Teil: „Ein toter Mann ist schwer wie Blei“, sagte Mandelbaum. Er beschrieb, was wie schnell von einem Menschen verbrennt und wie seine Kameraden und er das übrig gebliebene flüssige Fett mit großen Kellen über dem Scheiterhaufen verschütteten, um das Feuer zu schüren. Bilder, die Mandelbaum immer noch mit sich herumträgt, und bis heute plagt ihn sein Gewissen, dass er auf diese Weise zum Handlanger der SS gemacht wurde. Trotzdem hat er sich nicht unterkriegen lassen und beteiligte sich im Oktober 1944 am Aufstand im KZ Auschwitz. Wie durch ein Wunder entging er dem Vergeltungsschlag der SS - mehr als 250 Männer wurden dabei ermordet – und überlebte.

Die Gefangenen des Sonderkommandos waren lebende Tote: Als Zeugen und Mitwisser musste die SS sie vernichten, das war allen bewusst. Doch Henryk Mandelbaum wollte leben. Ausgerechnet die Toten, deren Beseitigung ihm bis heute zu schaffen macht, sollten dazu beitragen. Er organisierte sich Zivilkleidung von den Ermordeten, die er unter dem Sträflingsanzug trug. Als das KZ im Januar 1945 evakuiert und die Gefangenen auf den Todesmarsch geschickt wurden, „verlor“ er unterwegs die Häftlingskleidung und konnte entkommen.

Nach dem Krieg arbeitete er in einer staatlichen Vertriebsorganisation, dann züchtete er Schäferhunde und verdiente schließlich als Taxifahrer sein Geld. 1969 heiratete er seine Frau Lydia – eine Deutsche. Das sagt viel aus über den Umgang Mandelbaums mit seiner persönlichen Biographie, mit der Geschichte dieses Landes. Genauso wichtig wie das „Nie wieder“ ist ihm, Pauschalisierungen zu vermeiden. Nicht einmal alle SS-Männer seien schlecht gewesen, so Mandelbaum. Ein SS-Mann und seine Familie hätten ihn mehrere Wochen versteckt, bis sie verraten worden seien, da musste er gehen, lebte zunächst in verschiedenen Ghettos und wurde schließlich nach Auschwitz deportiert.

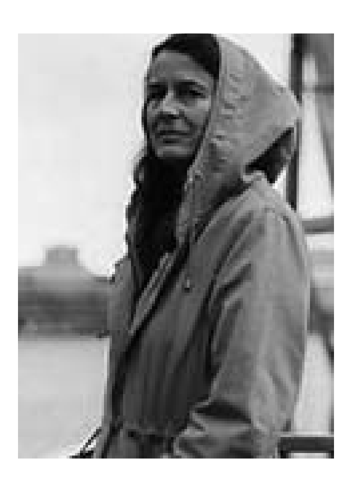
Für die Gegenwart empfiehlt er Gespräche, auch – und vor allem – mit jungen Nazis. Auf gar keinen Fall Gewalt, auch das ist ihm wichtig, denn Gewalt könne niemals eine Lösung sein. Die Menschen sollten sich hinsetzen und miteinander reden, statt aufeinander einzuprügeln - und vielleicht „ein bisschen zusammen tanzen“.

Die Sozialpädagogin Karin Graf, die Literaturwissenschaftlerin Tina Henkel und der Fotodesigner Andreas Dahlmeier begleiteten Henryk Mandelbaum eine Weile, u.a. nach Auschwitz. Die Begegnungen und Gespräche wurden aufgezeichnet und ins Bild gesetzt. Daraus entstanden ist die Ausstellung „Nur die Sterne waren wie gestern“, mit wunderschönen ausdrucksvollen Fotographien von Andreas Dahlmeier und prägnanten Begleittexten von Karin Graf und Tina Henkel. Eine Dokumentation des Lebens Mandelbaums, in der Auschwitz breiten Raum einnimmt. Doch trotz der enormen Ausdruckskraft der Fotos und Texte lässt sich das unermessliche Leid der KZ-Opfer nur erahnen, das unfassbare Grauen kann nicht in Wort und Bild gefasst werden: Vor Auschwitz versagt die Sprache. Die Phantasie vermag selbst den Zeitzeugenbericht Mandelbaums nicht in seiner ganzen Tragweite zu erfassen. Die Ausstellung ist dennoch ein gelungener und unentbehrlicher Beitrag zur Aufarbeitung der Geschichte dieses Landes. Ein Muss für alle, die den Schwur „Nie wieder“ der KZ-Überlebenden als historisches Erbe begreifen, sich Alt- und Jungfaschisten entgegenstellen und für Antisemitismus – egal, ob in Hamburg, Bochum oder Teheran – „keine Toleranz“ haben. Besonders empfehlenswert für Schulklassen. *Birgit Gärtner* ■

Die Ausstellung wird vom Hamburger Arbeitskreis „Gegen das Vergessen“ präsentiert, der zudem ein interessantes Rahmenprogramm bietet. Infos unter: www.akgegendasvergessen.de.

Föhrenwald

Das Projekt Föhrenwald hat ein Stück NS-Geschichte, Architekturgeschichte und Nachkriegsgeschichte der Vergessenheit entrissen.
Die Herausgeberinnen Heike Ander und Michaela Melian inszenieren und dokumentieren die Geschichte der in der Nähe von Wolfratshausen gelegenen, 1937 gebauten Musterwohnsiedlung Föhrenwald



– das heutige Waldram – als multimediale Installation und Spurensuche. 1941 beschreibt der Ingenieur und Architekt Hermann Grünenwald: „Die Anlage wurde im Voralpengebiet, in Flußnähe, auf fast ebenem Waldgelände erstellt, wobei unter möglicher Erhaltung des Baumbestandes ein organisch gewachsenes Ortsbild entstand ...“

Blanker Zynismus in anbetracht der Tatsache, dass in dieser Siedlung bis Kriegsende bis zu 4500 Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen, die in der Rüstungsindustrie arbeiten mussten, hinter Stacheldraht untergebracht waren. Nach Kriegsende war diese Siedlung dann ein sogenanntes exterritoriales Lager jüdischer ‚displaced persons‘, Menschen, die den Holocaust überlebt hatten, die es aus ganz Europa dorthin verschlagen hatte.

Der Stacheldraht war immer noch da

Erst als1957 kinderreiche deutsche Heimatvertriebene einzogen, baute das Land Bayern ihn ab. Die Siedlung wird heute als Ortsteil von Wolfratshausen, als durchschnittliches Wohngebiet wahrgenommen. Der zentrale Adolf-Hitler-Platz wurde zunächst in Rooseevelt Square und dann in Seminarplatz umbenannt. Nichts erinnert auch nur entfernt an die leidvolle Geschichte dieser NS-Architektur.

Die Erinnerungsarbeit der beiden Autorinnen, die in ihrem Buch Mitstreiter aus der Philosophie, Architektur, Archäologie, Geschichte, Kulturwissenschaft und der Literatur gewinnen konnten, wirkt körperlich – geht unter die Haut. Teil der multimedialen Installation ist unter anderem ein begehbarer Zylinder – quasi ein fliegender Bau – der auf einer Panoramadiaprojektion die Siedlung aus schwarzen Linien auf weißem Grund sichtbar macht.

Ein Soundtrack aus Musik und Stimmen trägt die Geschichte ins Ohr. Die Abbildungen im Buch fesseln das Auge. Nikolaus Hirsch, einer der Autoren, spricht in seinem Essay von einer „Neutralisierung und Verdrängung der historischen Bedeutungsschicht.“

Das zu verhindern, hatten sich einst die Historiker und Journalisten vorgenommen und vernachlässigen es zusehends. Bildende Künstlern übernehmen hier immer wieder stellvertretend geschichtliche Verantwortung. Melians mehrfach ausgezeichnetes Hörspiel arbeitet der Verdrängung, der allgemeinen Amnesie, entgegen. Es enthält Stimmen von Zeitzeugen, die als Überlebende der Shoah in Föhrenwald zusammenkamen und nur eines im Sinn hatten: Deutschland so schnell wie möglich zu verlassen.

Ingrid Scherf, Mitarbeiterin der Basis Buchhandlung ■

Föhrenwald. Buch und CD herausgegeben von Heike Ander und Michael Melian, erschienen im Revolververlag in Frankfurt am Main, 282 S., 24 Euro

Unheilige Allianzen – Black Metal zwischen Satanismus, Heidentum und Neonazismus

Im Schatten des Black-Metal-Mainstreams hat sich eine Underground-Szene aus Bands, Fans und Magazinen entwickelt, die sich zwischen Satanismus, Heidentum und offener Glorifizierung des Nationalsozialismus bewegt. Die Anhänger eines sozialdarwinistisch geprägten Satanismus beanspruchen als selbsternannte „Elite“ ein „Recht des Stärkeren“ und propagieren die Vernichtung all dessen, was in ihren Augen schwach ist. Um sich vom Christentum abzugrenzen, begeben sich andere Musiker auf die spirituelle Suche nach ihren „eigenen“ Wurzeln. Sie erheben das germanische Heidentum zur Heilsreligion, fordern ein Leben nach vermeintlichen Gesetzen der Natur und die Vertreibung derer, die nicht ihren Vorstellungen entsprechen. Obgleich von der Öffentlichkeit weniger beachtet, haben die extrem rechten Bands des Genres unter dem Label NS-Black-Metal den Schulterschluss mit ihren „Brüdern im Geiste“, den neonazistischen Skinheads, längst vollzogen. Die Autoren Christian Dornbusch und Hans-Peter Killguss recherchieren seit einigen Jahren in der Szene. Sie beschreiben die Entwicklungen des Black Metals und seiner Szene, analysieren die Motive des Genres sowie ihre Verknüpfung mit der Ideenwelt der extremen Rechten und benennen Bands und Akteure, die zum neonazistischen Untergrund in Deutschland und Europa gehören.



Christian Dornbusch, Hans-Peter Killguss: Unheilige Allianzen Black Metal zwischen Satanismus, Heidentum und Neonazismus. ISBN 3-89771-817-0 Unrast-Verlag, 352 Seiten Preis: 18 Euro

Neues IMI-Buch Welt-Macht EUropa: Auf dem Weg in weltweite Kriege

Die Informationsstelle Militarisierung aus Tübingen stellt ihr neuestes Buch vor: „Liebe Freundinnen und Freunde, druckfrisch und inhaltlich topaktuell möchten wir Euch hiermit unser neuestes Buch vorstellen: „Welt-Macht EUropa: Auf dem Weg in weltweite Kriege“ (VSA-Verlag Hamburg). Auf 340 Seiten findet ihr eine umfassende Analyse der rasanten Militarisierung der Europäischen Union. Herausgeber sind die beiden IMI-Vorstandsmitglieder Tobias Pflüger und Jürgen Wagner. Die etwa 30 Beiträge von IMI-MitarbeiterInnen und anderen bekannten AutorInnen ermöglichen zusammengenommen einen tiefgehenden Einblick in die globalen und regionalen Auswirkungen der EUropäischen Machtpolitik. Das Buch kann bei IMI über eine mail an imi@imi-online.de zum Preis von 19.80 Euro inkl. Porto bestellt werden.

Rezension von Johannes M. Becker, PD Dr., Zentrum für Konflikt-forschung Marburg

Ein ungemein wichtiges Buch ist da in Tübingen, um die umtriebige Informationsstelle Militarisierung (IMI) herum, entstanden: Eine gründliche Aufarbeitung und fundierte Analyse der EU im Prozess ihrer umfassenden Militarisierung. Diese ist bekanntlich im Zuge der Ablehnung des Verfassungsentwurfes in Frankreich und in den Niederlanden ein wenig in Vergessenheit geraten. Die Realität der EU der 25 indes ist im Untertitel des Buches angedeutet: „Auf dem Weg in weltweite Kriege“.

In drei Schritten nähern sich die Herausgeber und ihr weites AutorInnenteam der Thematik: Im ersten Teil („Strukturen und Grundlagen der Weltmacht EU“) wird neben vielen anderen Teilaspekten die „Konzernmacht Europa“ unter die Lupe genommen, es werden „Transatlantische Konzepte einer militärischen Absicherung der Globalisierung“ bearbeitet, es werden die Institutionen der EU ana-





lysiert, nicht zuletzt wird die tragende Rolle der Bundesrepublik Deutschland aufgezeigt. Um die Absicherung neokolonialer Bezüge – und deren hat die EU viele! – und der knapper werdenden Energieressourcen geht es der neuen „Weltmacht EU", wie in den Beiträgen schlüssig aufgezeigt wird.

Im zweiten Teil des Buches („Zwischen Nachbarschaftspolitik und globalem Einfluss") finden sich Regionalanalysen. In wohltuender Klarheit wird u.a. das EU-Verhältnis zu den Balkan-Staaten, zur Türkei und deren Bestreben, in die EU aufgenommen zu werden, es wird die Nah- und Mittelostpolitik, die EU-Interessen ihrer Osterweiterung vom 1.5.2004, das Verhältnis zu Russland, zu Lateinamerika und zu Afrika analysiert.

Der dritte Teil schließlich („Die Militarisierung von Gesellschaft, Politik und Ökonomie stoppen") enthält Beiträge zu den Kosten und zu den Konsequenzen der vorher aufgezeigten Politik („Zwei Seiten einer Medaille: Sozialabbau im Inneren und Militarisierung nach außen"), nicht zuletzt werden, wie im Titel des Abschnitts angekündigt, Alternativen zur herrschenden Politik („Perspektiven für eine andere Welt eröffnen") aufgezeigt.

Die Beiträge sind wohltuend übersichtlich geschrieben und anschaulich kurz – in der Regel unter 15 Seiten. Einige Statistiken, Internetquellen und Literaturhinweise machen das Buch zu einem äußerst lesefreundlichen Kompendium.

Wer demnächst im politischen Diskurs noch sagt, er habe das Ausmaß und die Tiefe der laufenden Umstrukturierung der EU-Politik nicht überschaut, der hat dieses Buch nicht gelesen. Es sollte zur Standard-Lektüre aller gehören, die die ungeheueren Potenzen der EU der 500 Millionen ProduzentInnen und KonsumentInnen der sich mit großer Schnelligkeit formierenden Europäischen Union zum Wohle der Menschheit genutzt wissen wollen und nicht zu einem weiteren Rüstungsdurchlauf in der Konkurrenz mit dem „Atlantischen Partner" der EU. Die Frage bleibt, wie die Schweigewand der herrschenden Politik und ihrer Medien betreffend dieses Thema durchbrochen werden kann. Den Herausgebern, AutorInnen und dem VSA-Verlag ist ein wichtiger Schritt zur Aufklärung gelungen. Ist das Informationsbedürfnis über die EU – völlig im Gegensatz zu ihrer Wichtigkeit auch für uns alltägliches Leben – schon gering genug, so betrifft dies in besonderer Weise ihre Militarisierung. Hier haben sich die Herausgeber und viele ihrer AutorInnen bereits im Zusammenhang mit der Verfassungsanalye und -debatte große Verdienste erworben. In der derzeit wieder aufkeimenden Debatte um den EU-Verfassungsentwurf muß mit diesem Werk unbedingt gearbeitet werden.

Friedensbewegung und -forschung können sich – ungeachtet dessen – auf weitere zehn Jahre IMI freuen!

Tobias Pflüger, Jürgen Wagner (Hrsg.):Welt-Macht EUropa. Auf dem Weg in weltweite Kriege. VSA-Verlag, Hamburg 2006, 339 S., brosch., ISBN-Nr. 3-89965-183-9, 19.80 Euro

:ostritt

Die deutschen Umgesiedelten haben ein neues Denkmal. Es steht in Ungarn, in Budaörs, und ist am 18. Juni dort eingeweiht worden. Errichtet hat es die Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen, die auch für den Aufbau einer zentralen Gedenkstätte am selben Ort verantwortlich ist; dort wird der so genannten Vertreibung der Deutschen in Folge des Zweiten Weltkriegs gedacht. Zur Finanzierung des Projektes haben deutsche Umgesiedelte gemeinsam mit der ungarischen Regierung beigetragen. Dies zeigt, urteilt der Bund der Vertriebenen (BdV), „dass Ungarn mitten in Europa angekommen ist und mit beiden Beinen auf dem Boden der europäischen Werteordnung steht".

Die Einweihung fand im Beisein hoher politischer Prominenz statt. Deutschland war durch seine Budapester Botschafterin Ursula Seiler-Albring vertreten, deren Amtssitz sich seit einigen Jahren wieder auf dem Burgberg der ungarischen Hauptstadt befindet – dort, wo er bis 1945 angesiedelt war. Die ungarische Regierung hatte Parlamentspräsidentin Katalin Szili entsandt, die während der Feier die so genannten Vertreibungsdekrete als „Dokumente der Schande" bezeichnete. Mit ihnen wurde Abschnitt XIII des Potsdamer Abkommens umgesetzt, dem zufolge „die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß". Diese Bestimmung ist nach Ansicht sämtlicher bisheriger Bundesregierungen nicht nur eine „Schande", sondern „Unrecht".

Wie der BdV berichtet, hat Ungarn jetzt nicht nur ein Denkmal und eine zentrale Gedenkstätte für die umgesiedelten Deutschen. In Budapest wird derzeit eine Ausstellung über die Umsiedlung gezeigt, das ungarische Parlament will einen Gedenktag für die so genannten Vertriebenen abhalten.

Einem Bericht der Netzeitung zufolge soll sich der ungarische Staatspräsident Laszlo Solyom in einem Grußwort für die Denkmal-Einweihung sogar bei den Umgesiedelten, ihren Familien und ihren Nachkommen entschuldigt haben.

Ungarn gehört zu den Staaten, die von der völkischen Neuordnung Europas durch Deutschland profitieren und sich daher entsprechenden deutschen Initiativen anschließen. Denn es gibt etwa analog zur deutschsprachigen Minderheit in Tschechien eine ungarischsprachige Minderheit in der Slowakei, deren Wohngebiete bis zum Ende des Ersten Weltkriegs zu Ungarn gehörten.

Ungarischsprachige Minderheiten in bedeutendem Umfang sind auch in Rumänien und Serbien anzutreffen. Wird völkische Revisionspolitik in Europa gestärkt, dann stärkt das auch den Einfluss Ungarns auf seine Minderheiten in den Nachbarstaaten.

jk ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Menschenrechte nur für Deutsche

Nation & Europa Juni 2006

„Ein Volk will Weltmeister werden" – dem allgemeinen Fußball-Patriotismus kann sich auch die „Nation & Europa"-Redaktion nicht völlig entziehen. Aber eigentlich passt ihr die ganze Richtung nicht – weiß Herausgeber HARALD NEUBAUER, der sein Editorial treffend „Fußball-Patrioten" betitelte, doch, dass sich das Land zur Zeit in einem „patriotischen Ausnahmezustand" befindet und die meisten deutschen Fahnen nach der WM wieder in die Keller wandern. „Aber zugleich entbehrt es nicht einer gewissen Komik, daß sich die Deutschen guten Gewissens offenbar nur noch als Fußball-Nation zu definieren vermögen. Andere Völker sind sich ihrer Identität und Interessenlage auch außerhalb der Sportarenen bewußt; deutscher Patriotismus ist eine Ausnahmeerscheinung für Turnierzeiten". Als Titelthema kommt die WM den Verantwortlichen daher gerade recht – inhaltlich spielt sie dagegen keine Rolle.

„Überfremdete Schulen, überforderte Lehrer: Die Bildungskatastrophe": für KARL RICHTER eine willkommene Folie zur Darstellung einiger rechter „Grundwahrheiten". Es beginnt mit konservativem Stehsatz: „Jahrzehnte des Schlendrians und der vorsätzlichen Absage an das Leistungsprinzip", „Leistung, Kopfnoten und der alte Frontalunterricht gerieten in Verruf, dafür schossen allenthalben ‚Neigungsgruppen' aus dem Boden und die ‚Reform der gymnasialen Oberstufe' setzte, nach dem Mengenlehre-Experiment in den Grundschulen, dem Irrsinn nur noch die Krone auf". Schuld an der Entwicklung sind natürlich die Lehrer: „Während die letzten Vertreter der Kriegs- und Nachkriegsgeneration in den Ruhestand gingen, rückten andere Erscheinungen nach: mit Nickelbrillen versehene Gewerkschaftertypen in honigfarbenen Cordanzügen, wenig später die ersten Jeans-Träger.... Es ging jovialer, lockerer zu – im Rückblick der Anfang vom Ende".

Allerdings weiß Richter natürlich, dass sein Lamento über den pädagogischen Sittenverfall blühender Unsinn ist, den er nur verzapft, um die Erwartungen seiner Leser(innen) nicht zu enttäuschen. Die Schulreformen der späten sechziger und der siebziger Jahren waren nur der, bisweilen hilflose, Versuch, die längst überfällige Modernisierung des im internationalen Vergleich bereits damals anachronistischen Bildungssystems nachzuholen. In seinen Augen hat das schulpolitische Desaster deshalb tiefer liegende Gründe: „...hat nur zum Teil mit dem... Ausländeranteil zu tun: Abseits davon ist das Problem ein disziplinarisches, ein Qualitätsproblem, ein Problem der Führung.... Die Bankrotterklärung geht zu gleichen Teilen auf das Konto einer verfehlten Ausländerpolitik wie auf das einer ebenso verfehlten Bildungspolitik". Abhilfe schaffen soll nach Meinung Richters eine Herrenmenschen-Ideologie, allerdings keine rein deutsche mehr (dies Konzept hat sich schließlich am 8. Mai 1945 für lange Zeit erledigt) sondern eine weiße, europäische: „Daß es nichtsdestotrotz möglich ist, Werte, Sprache und Bildung auch über ethnische Grenzen hinweg zu vermitteln, zeigten zu allen Zeiten erfolgreiche Kolonialregime... So banal es ist: Kolonialländer wie Frankreich oder England traten ihren außereuropäischen Untertanen im selbstverständlichen Bewußtsein ihrer kulturellen Überlegenheit gegenüber. Vergleichbare Selbstgewißheit im Angesicht Hunderttausender türkischer, nord- oder schwarzafrikanischer Immigranten sucht man bei den europäischen Zuwanderungsgesellschaften vergeblich.... Denn die Vermittlung von Werten, Sprache und kulturellen Traditionen war immer eine Frage des Respekts vor den als überlegen empfundenen Kulturbringern.... hier wie dort war die Welt der Kolonialmächte achtunggebietend und heischte wie selbstverständlich Anpassung und Unterordnung".

Keiner soll sagen, der Autor würde seine Absichten verbergen: Vokabeln wie „Untertanen", „Anpassung" und „Unterordnung" für die Einen sowie „kulturelle Überlegenheit" und „Kulturbringer", denen „Respekt" entgegen gebracht wird, für die Anderen sind absolut deutlich. Allerdings hat Richter dabei übersehen, dass sowohl das britische wie auch das französische Kolonialregime zerbrochen ist – auch wegen der rassistischen Herrenmenschen-Ideologie seiner Träger.

Auch JÜRGEN SCHWAB befasst sich in seinem Beitrag mit einer grundlegenden ideologischen Frage, der Frage der Menschenrechte. Nachdem er richtig schildert, wie die führenden kapitalistischen Staaten unter Führung der USA versuchen, Menschenrechte in ihrem Sinne zu instrumentalisieren und sogar als Begründung für völkerrechtswidrige Angriffskriege zu missbrauchen, tritt er „für eine nationale Auslegung der Menschenrechte" ein und lehnt damit ihre Universalität, die doch ihr Wesen ausmacht, ab. Menschenrechte, die nur für einen privilegierten Teil der Menschen gelten, sind keine. Schwabs Konzept basiert dagegen auf alten demokratiefeindlichen Stichwortgebern und ihren Konzepten: „Schon Friedrich Nietzsche wußte: ‚Die liberalen Institutionen hören alsbald auf, liberal zu sein, sobald sie erreicht sind: es gibt später keine ärgeren und gründlicheren Schädiger der Freiheit, als liberale Institutionen. Man weiß ja, was sie zuwege bringen: sie unterminieren den Willen zur Macht, sind die zur Moral erhobene Nivellierung von Berg und Tal, sie machen klein, feige und genüsslich – mit ihnen triumphiert jedesmal des Herdentier'". Schwab folgert daraus: „Menschenwürde basiert auf Differenz, nicht auf Gleichmacherei.... Die Akzeptanz des anderen setzt allerdings räumliche Distanz voraus.... Insofern ist das Ausländerrückführungskonzept, wie es von der nationalen Opposition vertreten wird, der richtige Lösungsansatz". „Ausländer raus" also – nur bürokratischer formuliert. Das sein Menschenrechtsrelativismus dem Grundgesetz widerspricht, ist dem Autoren klar: „Mit dem deutschen Grundgesetz wird sich die ‚Leitkultur' kaum verteidigen lassen. Das Bekenntnis zur Menschenwürde gipfelt dort in dem Satz: ‚Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich' (Artikel 3). Früher waren nach guter demokratischer Verfassungstradition nur Deutsche in Deutschland vor dem Gesetz gleich". Wohin das geführt hat, ist bekannt. Deshalb gilt es für Antifaschist(inn)en, bei aller richtigen Kritik am Missbrauch der Menschenrechte für imperialistische Zwecke, die Unteilbarkeit dieser Rechte (zu denen auch soziale Rechte gehören) und damit das Grundgesetz gegen Angriffe von rechts, die häufig von der Mitte der Politik übernommen werden, zu verteidigen. *tri* ■

